INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2.50 DM

Nr. 77 2. November 1989

ENTEIGNET ☆

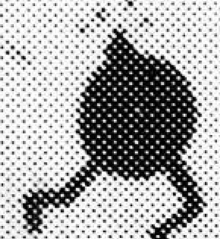
MIETSTREIK ORGANISIEREN

SABOTIERT IHRE PLÄNE

HÄNDE WEG VON DER MARCHI, NOSTIS, LÜBBI, EINSTEIN, BRÜMME, ... + HIER

20.000 WOHNUNGSLOSE! SENAT BESCHLAGNAHMT 25(!) WOHNLAGEN, WIR HABEN MEHR ALS 200(!) ENTEIGNET!!

KOMMT REIN!



Vorwort:

Zur Diskussion um die "Radikale Linke" erreichte uns ein Beitrag von Geronimo, den wir wärmstens zum Lesen empfehlen wollen. Unsere "bösen" Gedanken zur "Radikalen Linken" und zur Diskussion darüber wollten wir in einem ätzenden Titelbild umsetzen, doch fehlte uns die Lust und die Zeit zur graphischen Umsetzung unserer Ideen: z.B. die Ahnenreihe (Marx,Engels, Lenin, Stalin, Mao) mit Ebermann, Trampert, Roth, Ditfurth und Gremliza. Vielleicht hat ja einer von euch eine Idee und setzt sie um.
Wichtig für uns mitzukriegen ist der öffentliche Briefwechsel zwischen Gefangenen wie jetzt zwischen Andreas Semisch und Susanne Schöf. Dazu von ihr ein sechsseitiger Brief. Zur DDR haben uns wieder zwei Texte erreicht -danke! Könnt ihr bitte weiter an uns denken, wenn ihr was aus der DDR habt. Die "revolutionären Reformen" in der DDR erreichen ja nun eine atemberaubende Geschwindigkeit - zum Beispiel ist am Samstag die größte Demo seit langem in Berlin zu erwarten - in Berlin-Hauptstadt der DDR.
Allerhand landete mal wieder in unserem Ordnerin der M.99: ein holländischer Text zur Shell-Kampagne, mehrere Briefe aus Tegel, ein Flugi zur 0.192 (hier wurde uns nicht klar, was die AutorInnen damit sagen wollen), ein längerer Text eines Mannes zu "feministisch orientierter Theorie", ein Beitrag zur Wohnungspolitik auf der FU - Wohnungsnot-VV (den wir gut fanden, aber für Interim-LeserInnen nix Neues), ein Text zu "sexpeace" (dessen Herangehensweise an das Problem wir nicht gut fanden) sowie zwei Seiten auf englisch von schwarzen politischen Gefangenen in den USA.
Danke auch für die Schokoladentafeln für unsere "bezahlten" Anzeigen!

Briefe, Beiträge, Beschwerden und Bestellungen (ab 5 Ex.) wie immer an:

INTERIM
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

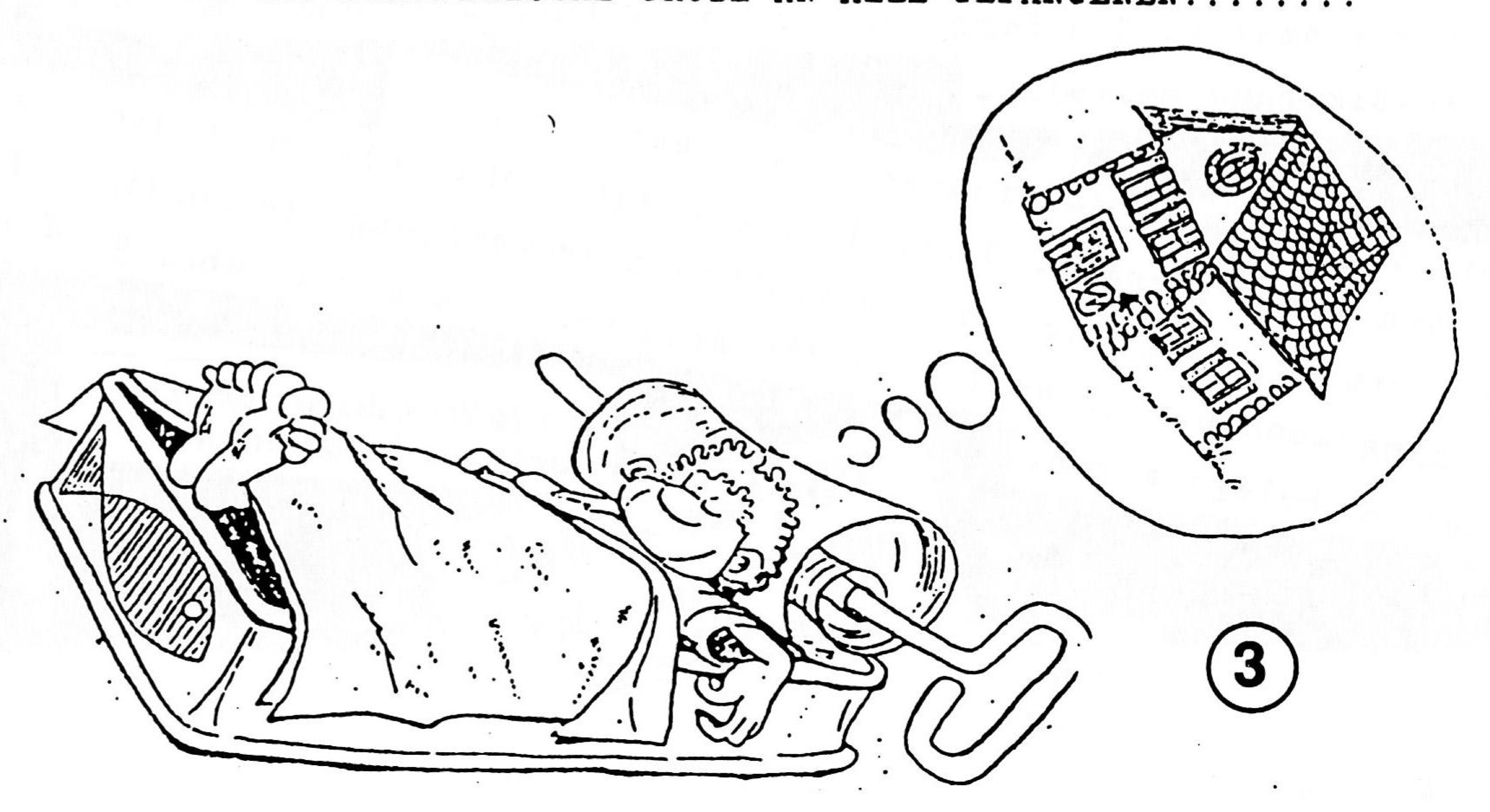
INHALTSVERZEICHNIS


Seite

AN OBDACHLOSE UND WOHNUNGSLOSE !

KRANKENPFLEGEPERSONAL UND PATIENTINNEN DES VIRCHOWKRANKENHAUSES !

Wir, ca. 30 Frauen und Männer haben mit Hilfe von ca, 50 UnterstützerInnen am gestrigen Abend, 27.10.89 die beiden ehemaligen Wohnheime auf dem Virchowgelände, Sylterstr., besetzt. Sie sollten heute, 28.10. , durch die Abrißbirne fallen. 140 Wohnungen sollten zerstört werden und dies kurz vor dem Winter, bei fast 20000 Obdachlosen, tausenden von „Über/ UmsiedlerInnen" und Flüchtlingen aus der sog. 3. Welt die in "Wohncontainern" eingepfercht sind. Tausende StudienanfängerInnen haben keinen Wohnraum, 80000 sitzen zwar nicht auf der Straße, aber suchen eine Wohnung.
UNS REICHT ES JETZT!!!!!!!
Dieser Senat schlägt uns allen Ernstes vor, in U-Bahnhöfen zu schlafen, zwingt uns in Wohncontainer und Turnhallen. Auf der anderen Seite läßt er kurz vor dem Winter guten Wohnraum niederreißen.
NICHT MIT UNS!!!!!!!
Wir fordern diesen Senat auf jetzt endlich Position zu beziehen. Tagtäglich heuchelt er uns sein angebliches Interesse an Wohnraumbeschaffung per Presse vor. Medienwirksam werden ein paar Wohnungen beschlagnahmt, der größere Teil von uns bleibt weiter ohne Wohnung,
WIR HABEN DIESE WORTHÜLSEN UND LÜGEN SATT!!!!!!
Wir haben uns den Wohnraum jetzt selber genommen und lassen uns auch nicht durch die grünen Büttel vertreiben. Sie versuchten uns am gestrigen Abend zu räumen, aber wir sind immer noch da.
Wir fordern alle Menschen, die ein Interesse am Erhalt des Wohnraumes in der Sylterstraße haben, auf,uns zu unterstützen.
Kommt vorbei, bringt Kaffee, Schrippen und Zeit und Lust zur Diskussion und Unterstützung mit.
Tut uns leid, wenn es heute Nacht etwas laut war, aber die Büttel haben Rücksicht noch nicht gelernt.
WIR KÖNNEN SIE NICHT ZWINGEN DIE WAHRHEIT ZU SAGEN, WIR KÖNNEN SIE NUR ZWINGEN IMMER UNVERSCHÄMTER ZU LÜGEN!!!!!!!!!
SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN!!!!!!
ZÄRTLICHE UND KÄMPFERISCHE GRÜßE AN ALLE GEFANGENEN!!!!!!!!





Wohnraum statt HighTech

Ärzte rufen Notstand aus

Ärzte im Klinikum befürchten „verheerende Engpässe“

Bettennotstand

Wie bereits bekannt, haben wir (Obdachlose, StudentInnen, Azubis, Übersiedler-Innen) in der Nacht vom 27. zum 28.10. 160 Wohnungen auf dem Gelände des Uniklinikum Rudolf Virchow Wedding (UKRVW) besetzt.
Seit zwei Jahren sind die beiden Blöcke systematisch entmietet worden (Schlösser wurden ausgewechselt, Strom abgestellt, etc) und sollten nun abgerissen werden.
Am 20. 10. sollte bereits mit dem Abriss begonnen werden. Angesichts der Tatsache, daß Obdachlose in Turnhallen provisorisch untergebracht werden, oder illegal in U- Bahnhöfen oder auf Parkbänken frieren., sehen wir dies nicht ein und haben es deshalb zunächst einmal verhindert.

Wozu der Abriss ?

Der Abriss dieser beiden Schwesternheime steht im Zusammenhang des Uniklinikums Charlottenburg (UKC) mit dem ehemals städtischen Rudolf-Virchow-Krankenhaus (RVK) und damit auch im Zusammenhangmit dem seit 1985 bestehenden Krankenhausplan des alten Senats. Dieser Plan sieht die ersatzlose Streichung von über 3000 Krankenhausbetten und 7000 Planstellen in Westberlin vor. Die Argumentatien des alten Senats war dabei angeblicher"Bettenüberhang" und die schwierige finanzielle Lage der Krankenkassen.

In Wirklichkeit dürften aber andere Gründe ausschlaggebend sein : Berlin soll wieder ein"Mekka von Berlin" werden.(Fink, ehemaliger Senator). Das heißt : wieder einmal werden High-tech und Forschung über und gegen die Interessen der Bevölkerung gestellt.

Das wird am Beispiel der Rudolf-Virchowklinik besonders klar. Dieses Krankenhaus war bis zum 1. Sept. 1987 ein gut funktionierendes städtisches Krankenhaus mit großer Bedeutung für die Krankenhausversorgung des Berliner Nordens. Von"Bettenüberhang"konnte hier wohl kaum die Rede sein, da meist über 90 % der vorhandenen Betten belegt waren.

Notfälle müssen zum Teil durch die halbe Stadt

Virchow-Klinik nimmt nur noch Notfälle an

Chefarzt fürchtet Zusammenbruch

Die Umfinktionirung des städtischen Krankenhauses in ein Uniklinikum ist der erste Schritt zur Zusammenlegung des Charlottenburger Uniklinikum mit dem RVK. Bei diesem Umstrukturierungsprozess fallen insgesamt ca. 1500 Betten und 3000 Arbeitsplätze weg, da bei einem Uniklinikum die Priorität ausdrücklich in Lehre und Forschung liegt und nicht in der allgemeinen Krankenversorgung. So bewilligte auch der Wissenschaftsrat in Bonn 425 Millionen DM für das Projekt, mit der Auflage, die Bettenzahl auf 1328 zu beschränken. Da der endgültige Umzug des Charlottenburger Klinikums erst für 1995 geplant ist, wird die wirkliche Bauphase erst 1992 beginnen, aber um die Frist des Bonner Wissenschaftsrates einzuhalten und das Geld zu bekommen, sollen die 160 Wohnungen schon jetzt abgerissen werden, nur um eine Baugrube anzulegen.

Der Abriss der beiden Schwesternwohnheime ist ein typisches Beispiel dafür, daß sich die Politik des alten wie des neuen Senats gegen die Interessen der Bevölkerung richtet, insbesondere gegen die der sog. Minderheiten (Alte, Kranke, Obdachlose und alle anderen). Und das im Sinne der wahren Minderheiten, nämlich derer, die sich auf Kosten anderer dumm und dämlich verdienen (die wahren Schmarotzer).

Stoppt den Bettenabbau

Mit unserer Besetzung sind wir auf einen fast abgefahrenen Zug aufgesprungen und haben den Abriss der Häuser und die von Belegschaft und PatientInnenschaft unerwünschte und bekämpfte Zusammenlegung der beiden Krankenhäuser erneut zu einem Politikum gemacht.
Mit Eurer Unterstützung können wir in dieser Situation der Politik des Senats etwas entgegensetzen.

Wir brauchen Öffentlichkeit und jede Menge Leute um die für Montag morgen anberaumte Räumung und den Abriss zu verhindern.

Kommt am besten schon diese Nacht oder spätestens Montag früh gegen 6.00 Uhr !!!

Solidarität mit allen besetzten Häusern !!!

Solidarität mit der Belegschaft der beiden Krankenhäuser !!!

Solidarität mit den jetzt schon betroffenen Alten und Kranken !!!

Kinderkriegen auf dem Klinikflur

Bettenabbau bei einer Auslastung von 98 Prozent

ERKLÄRUNG DER BRÜMMERSTR.52 ZUR RÄUMUNG DER SYLTER STR.

die sylter straße ist heute früh durch einen brutalen bullInnen-einsatz mit billigung der uni-leitung geräumt worden.

damit wird ganz klar eine spaltung zwischen wohnungslosen studis und anderen wohnungssuchenden betrieben.
das machen wir nicht mit ! wir lassen uns nicht spalten !

wir fordern eine stellungnahme der fu-leitung zur räumung der sylter straße. wir verhandeln nicht mit einer uni-leitung, die solche räumungen zu verantworten hat.

wir verhandeln nicht, solange leute aus der sylter straße im knast sind bzw. strafverfahren am hals haben.

nach der räumung der sylter straße ist die situation eine völlig andere. unsere bisherige gesprächsgrundlage ist damit hinfällig geworden.

b'52-plenum, 30.10.89, 11:30 h

VOLXSPORT - ZUR RÄUMUNG DER SYLTER STRAßE

ERSTE UND ALLERLETZTE W A R N U N G ! ! ! ! ! !

HEUTE, am 29.10. zeigte sich einmal mehr, daß die uni-leitung bereit ist, über Leichen zu gehen. wie bereits während des streiks geschehen, bedient sie sich rücksichtslos des bullen-apparats um ihre interessen gegen uns durchzusetzen. daß diese interessen in jeder beziehung denen des kapitals untergeordnet sind, wurde heute bei der räumung der sylterstr. wieder klar.
160 wohnungen im besitz der uni sollen vernichtet werden, wobei der tod von besetzerInnen bewußt in kauf genommen wird.
weil wir dabei nicht tatenlos und ohnmächtig zusehen wollten, suchten wir spontan das präsidialamt der fu heim.
sieh dich vor heckelMANN wir können noch ganz anders!!!!!!!!!!!!
heute waren es nur scheiben, morgen........!!!!!

ENTEIGNUNG ALLER SPEKULANTEN-SCHWEINE HAUSBESITZER BAUHAIE USW!
EIN FÜR ALLEMAL: KAMPF DEM KAPITAL !!!!!!!!







Brümmerstr. 52

BRÜMMERSTR! 52 BESETZT !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

10 000 Obdachlose in Westberlin !
Über 100 MieterInnen pro Monat von Räumungsklagen betroffen !
15 000 ErstsemesterInnen auf Wohnungssuche !

Dagegen existieren tausende leerstehende Wohnungen aus Spekulationsgründen, entweder auf Abriß oder seit Jahren pseudosaniert. Und es existieren zynische "Zwischenlösungen": Verwahranstalten der absichtlich vom Kapital produzierten Massen besitzloser Menschen, wie z.B. Obdachlosenheime, AussiedlerInnenghettos, sowie Turnhallen für die privilegierte Masse wohnungsloser StudentInnen (in denen für eine Übernachtung 10 DM verlangt werden!) und Wohnwagendörfer. Ganz zu schweigen von der völligen Überbelegung studentischer und anderer Wohnungen, in denen Wohnungslose bei FreundInnen unterkommen. Hierdurch wird die tatsächliche Wohnungsnot wesentlich verschleiert.

Aus diesen Zusammenhängen heraus haben wir, ca. 100 Leute, am 25. Oktober im Anschluß an die Wohnungsnotvollversammlung an der FU die Brümmerstr. 52, das alte Gebäude der Ethnologie, besetzt. Das Haus steht seit der Räumung durch den Wachschutz im März leer. Kurz nach der Besetzung sind vier Wannen aufgetaucht und die BullInnen haben uns aufgefordert das Gebäude zu verlassen. Dem sind wir nicht nachgekommen. Die Unileitung hat sich eingeschaltet und gesagt, daßbis heute (30.10.) erst mal nicht geräumt werden soll. Daraufhin haben sich die BullInnen aus dem Staub gemacht.

Die Aussage dieser Besetzungsaktion wird nicht auf das Problem studentischer Wohnungsnot reduziert werden, zu dem zunächst zu sagen wäre: Es ist Schwachsinn wohnungssuchende StudentInnen in Turnhallen zu pferchen, wenn anderswo (z.B. auch an der UNi) bewohnbarer Raum zur Verfügung steht. Es ist Schwachsinn hunderttausende DM für gemietete Betten in diesen Turnhallen zu verschleudern, wenn billiger freistehender und vor allem bewohn- und belebbarer Raum zur Verfügung steht. Und es ist eine riesige Sauer ei , daß den unter diesen Bedingungen Leidenden für solche "Notlösungen" 300 DM im Monat abgeknöpft werden (wovon die Unileitung angeblich nichts gewußt haben soll!) Doch es ist wohl klar, daß die Möglichkeit zu studieren zuerst von der Möglichkeit zu wohnen abhängt.

besetzt!

Das Beispiel der alten Ethnologie zeigt wieder einmal, daß es den zuständigen Behörden nur darum geht, die bestehende Not zu verwalten. Wichtiger aber ist, daß außerhalb des universitären Bereichs hinter dem Gesamtproblem Wohnungsnot die Kapitalinteressen des SpekulantInnentums stehen, welches die Wohnungsnot produziert, um durch künstliche Verknappung der Ware Wohnraum die Profitraten auf dem Wohnungsmarkt zu sichern und zu steigern. Dadurch wird der Häuserkampf zum prinzipiellen Kampf gegen das Kapital und damit zum Überlebenskampf für uns alle!
ZU diesem Ausbeutungssystem gehört auch, verschiedene Gruppen von Wohnungssuchenden gegeneinander auszuspielen, um so ein geschlossenes, d.h. undeHERRschbares Vorgehen der Betroffenen zu verhindern. Diese Spaltungsversuche erleben wir konkret bei der Besetzung der Brümmer 52. Da wir in der Mehrzahl Studierende sind und es sich um ein Gebäude der Uni handelt, wurden wir bis heute nicht geräumt. Jüngstes Gegenbeispiel ist die versuchte Räumung der Schwesternwohnheime des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in der Sylter Str. Die Wohnheime sollen einem Laborneubau weichen, weshalb die Uni sie in den nächsten Tagen abreißen lassen will. Damit würden 150 Wohnungen vernichtet. Wir lassen uns aber in dieser Situation nicht von anderen Wohnungssuchenden abspalten.



Plenum 19⁰⁰

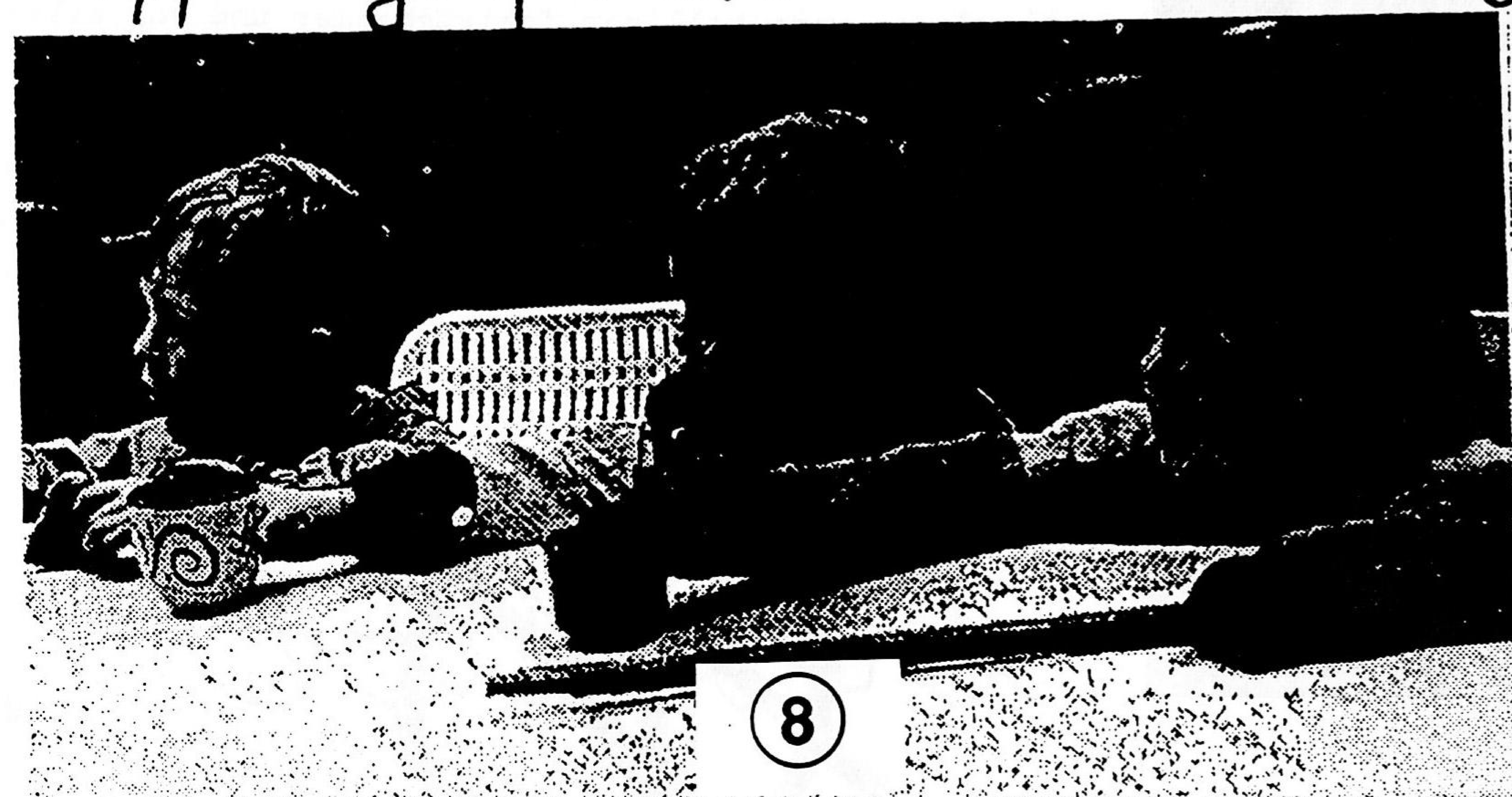
Wir nutzen den Freiraum Brümmer 52 offensiv und politisch.
Wir wollen uns deshalb mit anderen besetzten Häusern und MieterInnen koordinieren.
Wir werden in unserem Haus ein Informations- und Koordinationszentrum einrichten, um konkrete Aktionen gegen Wohnungsnot zu fördern. Dies soll seinen Ausdruck auch in Form massiver Öffentlichkeitsarbeit finden.
Wir wissen, daß vielen autonomen Seminaren kein Raum zur Verfügung gestellt wird. Wenn ihr Platzprobleme habt kommt vorbei.
Das Haus ist besonders für alle da, die jetzt dringend irgendwo pennen müssen. Hier ist es allemal gemütlicher und kommunikativer als vereinzelt in Wohnwagen, Autos oder für viel Kohle zusammengepfercht in Turnhallen.
Ab sofort gibt es hier ein Info-Café, längerfristig könnte eine Kindertagesstätte entstehen.



TERMINE: Mo., 30.10. Gespräch mit Bütow und Unileitung, Treffpunkt 11 Uhr, in der Brümmer 52
pLENUM : täglich 19 Uhr

Mo, 30.10.





SOLIDARITÄT MIT DEN BESETZERINNEN DER SCHWESTERNWOHNHEIME UND ALLEN ANDEREN BESETZTEN HÄUSERN !!!!!

SOLIDARITÄT MIT DEN BESETZERINNEN DER SCHWESTERNWOHNHEIME UND ALLEN ANDEREN BESETZTEN HÄUSERN !!!!!

26.10.89 - NOSTIZSTRAßE NEU BESETZT

Wir haben beschloßen teile der nostitz neu zu besetzen. es handelt sich dabei um das vorderhaus erster stock, cafe und keller. diese neue gruppe von leuten will die nostitz neu beleben und gestalten, da die nostitz wie sie im augenblick ist, als negatives beispiel für hausbesetzungen steht.

wir wollen diese räumlichkeiten dazu nutzen unsere strukturen auszubauen. das heißt für uns, daß wir die baulichen mängel erstmal beseitigen wollen. die von uns genutzten räume renovieren, den eingangsbereich säubern und dafür sorgen, daß dies so bleibt.

von hieraus soll die nostitz neu organisiert werden. dies ist nötig um dieses haus zu halten. das heißt, wir müssen für menschen in unserer umgebung ansprechbar sein und eine gewisse nachbarschaftsverträglichkeit erreichen. ebenso wollen wir erreichen, daß für die türkischen mitbewohnerInnen ein leben im haus, nach ihren vorstellungen, möglich ist. wir hoffen, daß ein gespräch zustandekommt und ein zusammenleben möglich wird. wir wollen die nostitz nicht nur für uns alleine sondern mit euch gemeinsam und bauen trotz zahlreich gelaufener fehler auf eure unterstützung.

wir brauchen dringend farbe, baumaterial, werkzeug, stoff, möbel, schokolade, geschirr und UNTERSTÜTZUNG

informationsveranstaltungen:

- flugblätter zu aktuellen themen
- videos und filme
- informationen für ratlose mieterinnen, die wir auffordern hausgemeinschaften zu bilden (siehe birkenstr. 34)
- leerstandslisten zu erweitern und aktualisieren
- knastarbeit
- volxküche
- politische aktionen schnell planen und ausführen (z.b. antifa-arbeit gegen rechte und rechtsextreme gruppen)
- plenum jeden donnerstag

solidarität mit marchstr/einsteinufer
hafen bleibt
aneunzich kommt
die häuser denen die drin wohnen
enteignung aller hausbesitzer
friedrichstr. 237 kommt

Aus der "Lieblingszeitung"

Möllemann
- Retter der StudentInnen?;
- Killer des Zweiten Bildungsweges

Die 12. BAFöG-Novelle des Bildungsministers wurde am 18.10.89 ins Kabinett eingebracht. Damit sollen ab Herbst 1990 rund 70 000 StudentInnen an Familien mit mittleren Einkommen in die Förderung einbezogen werden. Gleichzeitig:

-wird die Ausbildungsförderung zur Hälfte als Zuschuß des Staates bezahlt und nicht mehr wie bisher als Volldarlehen,
-die Bedarfssätze werden um 3% angehoben,
-Familien mit einem auswärtig studierenden Kind dürfen bis zu 6200 DM brutto verdienen,
-StudentInnen, die nicht innerhalb der Förderungsdauer ihr Examen abschließen können, bekommen unter bestimmten Bedingungen zwei Semester länger Geld,
-der Krankenversicherungszuschlag wird von 45 DM auf 65 DM angehoben,
-Kindererziehung soll bei der Förderungsdauer berücksichtigt werden.

Das wird von Möllemann als Verbesserung der seit Jahren umstrittenen Sparpolitik beim BAFöG verkauft. Daß aber die Kosten durch eine Reduzierung der Förderung des Zweiten Bildungsweges (ZBW) aufgefangen werden, so daß die Änderungen insgesamt kostenneutral sind, fällt unter den Tisch. Eine generelle Förderung bedürftiger Schüler ab Klasse 11 wie bis zum Bonner Regierungswechsel 1982 üblich, wird es auch künftig nicht geben. Betroffen sind rund 100 000 GymnasiastInnen, deren Eltern z.T. von der Sozialhilfe leben. Eine dreijährige Brufsausbildung vor dem Studium reicht in Zukunft nicht mehr aus, um unabhängig vom Studium gefördert zu werden. Nur wer eine dreijährige Ausbildung mit anschließender dreijähriger Berufstätigkeit "im Ausbildungsberuf" oder eine fünfjährige Berufstätigkeit nach dem 18. Lebensjahr nachweisen kann, wird nach dem Abi elternunabhängig gefördert. Jahre der Kindererziehung werden - im Gegensatz zu StudentInnen - nicht voll berücksichtigt (41/2 Jahre Kindererziehung und mindesten ein halbes Jahr erwerbstätig) - Frauen ab in die Küche!!

Davon betroffen sind auch viele AbsolventInnen der Fachoberschule, die beim Besuch der Fachhochschule mitunter "förderungswürdig" sind. Für viele ZBWlerInnen bedeutet das, daß sie nach dem Abi wieder zurück in die Elternabhängigkeit fallen. Nach jüngsten Erhebungen besuchen nur acht von 100 Arbeiterkindern eine Hochschule (dagegen 49% der Beamtenkinder). Wieviele werden es noch nach der "BAFöG- Deform" sein?

Der BAFöG-Kahlschlag der "Wende-Regierung" wird weitergeführt. Distanzierte sich die CDU in den 70er Jahren unter dem Eindruck der sogenannten Bildungsexplosion von der Forderung nach erhöhter Chancengleichheit, (sie sprach seither von Chancengerechtigkeit), so will sie den ZBW heute am liebsten ganz abschaffen. Um diese Änderungen im ZBW zu verhindern, brauchen wir das Interesse der Öffentlichkeit. So wie die SchülerInnen sich im Streik mit den StudentInnen solidarisierten, braucht der ZBW nun die Solidarität der StudentInnen. In der Presseerklärung des ZBW-Plenums Berlin vom 16.10.89 wurde unter anderem gefordert:

- insbesondere die Beibehaltung der bestehenden Gesetzestexte für den zweiten Bildungsweg
- volle Übernahme der Krankenkassenpflichtbeiträge
- gleiche Förderung für AusländerInnen.

Ulrike Bissinger (ZBW Berlin-Kolleg)

Fricke kann nicht Tennis spielen -
Oder: wofür eine Tennishalle sicher nicht gebaut wurde

Eines wird es in diesem Semester vorraussichtlich nicht geben: die sich durch den ganzen MA windende Schlange von Tennis-Pros.

Die Tennishalle der TU an der Waldschulallee ist sozialen Zwecken zugeführt. 7000 zusätzliche StudentInnen erwartete das Studentenwerk zum Wintersemester in Berlin. Mit den Übersiedlern und Flüchtlingenaus dem Osten ergaben sich so etwa 30000 Wohnungssuchenden im ohnehin schon gedrängten low-budget-Bereich.

Also requirierte die Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Riedmüller-Seel, vorsorglich die ca. 2000 qm "Wohnfläche" der Halle als "Notquartier". Per Dienstanweisung und gegen den Willen der dort (geldsparend) spielenden, in Berlin wohlbekannten Asse Fricke, Turner und Kewenig!

"Gemütlich wird das nicht" kalkuliert sie und hat ganz recht: 1000 Wessies exmatrikulieren sich noch rechtzeitig, die anderen 6000 ziehen wohl zum größten Teil zu Bekannten. "Die rücken doch dann in den WGs zusammen..." (In Hongkongs Kowloon leben doch auch 100 000 auf einem Quadratkilometer, gell?).

Lange geht das jedoch sicher nicht gut, weiß auch die Riedmüller, die gute Seele. Die Tennishalle bleibt bis auf weiteres geöffnet. Für 10.-DM pro Nacht plus 2.-DM Frühstück kann hier jedeR mit gültigem Studiausweis pennen. Das sind zwar 300.-DM pro Monat, also fast DJH- Niveau, aber die Wohnwagen in Dahlem kosten auch soviel, und die haben kaum Licht und keine Heizung.

Dagegen ist die Halle geradezu komfortabel (und hell: TU- Präsi Fricke (s.o.) spendierte eine Flutlichtanlage für 150000.-DM); hat doch die neue Halleneinrichtung 250 000 Märker gekostet, davon allein 30 000 für Teppich (das sind 15.-DM/qm) und 90 000 für Personal. Naja, irgendwer muß sich ja eine goldene Nase verdienen am ...- halt, nicht am Senat, sondern an uns! Wir bezahlen schließlich allsemesterlich 20.-DM Studentenwerksbeitrag.

Apropos goldene Nase: Auch am anderen Notprogramm des Studentenwerks versuchen einige "MitberlinerInnen" reich zu werden: Aus einem 400 000märkigen Fonds erhält jedeR WohnraumeigentümerIn 2000.-DM, wenn das erste Mal an Studis für mindestens drei Jahre für höchstens 300.-DM/Monat ohne diskriminierende Bedingungen vermietet wird.

Es gehen entsprechend viele Angebote ein, doch sichtet das Studentenwerk viele "faule Eier" darunter.

Viele BerlinerInnen können anscheinend nicht bis 300 zählenund wissen auch nicht um die Bedeutung des Wortes "diskriminierend". So wünschen sich viele "nur Deutsche" als Untermieter! (Von wegen Rep-Wähler seinen Protestwähler.)

Wieder einmal sind die ausländischen Studierenden die am meisten benachteiligte Gruppe. Gerade erst ist die 25%- Klausel für Studentenwohnheime abgeschafft, und schon ist die allgemeine Wartezeit auf ein Zimmer im Wohnheim auf "ca. 2,5 Jahre" (!) hochgeschnellt. Eine Härtefallbehandlung kann es dabei schon gar nicht mehr geben.

"3500 Appartements" für Studierende will Riedmüller- Seel in den nächsten Jahren bauen lassen. Wahrscheinlich wird sie nicht mal rot, wenn wir sie daran erinnern, spricht doch die AL nur von 2000. Und hat sie nicht gerade letzte Woche im Akademischen Senat gesagt, die Unis sollten froh sein, überhaupt Geld für Notprogramme erhalten zu haben, es hätte alles für den "normalen" Wohnungsbau verwendet werden müssen?!

Sozusagen ein chronische überparteiliche Krankheit. Niemals steht der/die SenWi hinter den Studierenden: "sich ja nie festlegen", scheint die Devise zu lauten.

Dabei ist das Problem Wohnungsnot beileibe kein brandneues. Schon seit Jahren gibt es akute Engpässe: preiswerter Wohnraum wird wegsaniert, die Wohnungsgrößen wachsen, und die Dummen sind die, die sowieso schon sozial benachteiligt sind. Was ist ein WBS heute eigentlich noch wert? Und wie komme ich an einen der 6000 Studentenwohnheimplätze für 115 000 Studierende, von denen über 70% Nicht- BerlinerInnen sind?

Bisher sind es nur 30 Studierende (davon drei Frauen, etwa die Hälfte Ausländer) in der Waldschulallee-Halle. "Nur" dreißig, aber der Anfang ist gemacht. Schon in den letzten Semestern übernachteten Leute auf dem Bahnhof Zoo oder diversen Campingplätzen, aber jetzt ist das Problem offiziell. Zum ersten Mal gibt es obdachlose Studierende.

Die Zahl der wohnungssuchenden Studierenden sei "nicht einschätzbar" gibt das Studentenwerk zu und bemerkt "Verzweiflung" bei den überwiegend ausländischen Suchenden.

ACH JA?!

EIN Semester Streik, und nix ist passiert. Die SenWi doktert weiter an Symptomen. Müssen wir sie erst wecken?

Vergeßt nie den grimmig grinsenden Gummibären, lieber Senat!

le

Berichtigung und Ergänzung zum Volxsport in der Interim Nr. 76:

Die Burschenschaften bzw. Corps GOTHIA und SAXO-BORUSSIA im WSC wurden in der Adressenliste gestrichen, weil die Häuser aus Renovierungsgründen leer waren und sich auch keine Namensschilder mehr am Eingang befanden. Die Burschenschaft Gothia zumindest befindet sich wieder in ihrem alten Haus in der Königstr. 3 in 1/37, was zahlreiche Plakate an der FU beweisen. Außerdem sehr aktiv sind z. Zt.: Corps Lusatia-Leipzig (Kontaktpersonen Marc Neumann (FU), Thorsten Kobeck (TU), Hammersteinstr. 14, 1/33); Burschenschaft Teutonia-Jena (Brentanostr. 52, 1/41); nicht auf der Liste befindliche aktive Verbindungen sind: Korporation O. Verbum, Oldenburger Str. 31, 1/21; Burschenschaft Thuringia (nicht zu verwechseln mit der Landsmannschaft Thuringia im CC) Nürnberger Str. 8, 1/30, Anmeldung Dirk Franke 4513697;
Neue Telefonnummern der Frauenverbindung Lysistrata: 7051860, 8349592, 2618338

ZUR GRUßBOTSCHAFT AN DIE DDR DES ASTA-FU



wir, die autorInnen der "asta-grußbotschaft" zum 7.10., wollen hier etwas dazu sagen, wie diese resolution entstanden ist. aufgrund der zahlreichen bewußten verfälschungen und dadurch entstandener mißverständnisse wollwen wir nochmal deutlich machen, was gemeint war. gleichzeitig ist es für uns ein beitrag, in der linken mit einer diskussion an diesem "tabuthema" anzufangen. in diesem papier wollen wir auch unsere eigenen ungenauigkeiten und schwächen aufzeigen.

angefangen hat alles mit einer arbeitsgruppe, die auf der asta-sitzung am 2.10. gegründet wurde. diese ag sollte einen diskussionsentwurf für eine öffentliche stellungnahme zur ddr schreiben, der am montag darauf vom asta besprochen werden sollte. einig war sich die ag darüber, daß die hetzkampagne der westmedien angegriffen werden muß und die positiven entwicklungen in der ddr herausgestellt werden müssen. andere fragen, wie die bewertung der schwierigkeiten beim aufbau der ddr oder die politische rolle der oppositionellen kräfte blieben kontrovers. dennoch wurde eine gemeinsame vorlage für das ag-papier ersztellt. ausgearbeitet wurde es erstmal nicht. wir, die autorInnen, hielten es dennoch für wichtig, gerade am jahrestag der ddr-gründung eine grußbotschaft herauszugeben, um uns gegen den kalte-kriegs-konsens aller bürgerlichen demokraten und der entsprechenden medienberichterstattung zu stellen und das der ddr rüberzubringen. nicht genau politisch bestimmt war der schritt, das ganze an die westpresse zu geben, d.h. öffentlich, auch in erwägung der hetze gegen uns, hier position zu beziehen. uns war klar, daß die grußbotschaft in der presse nicht gerade freundliche reaktionen hervorrufen würde. weniger klar war uns die schärfe der situation und die möglichen konsequenzen.es war ein fehler, die grußbotschaft ohne absprache mit dem asta herauszugeben* was da auf uns einstürzte war dann auch weniger die medienkampagne selbst als die daraus folgende macht der manipulation. besonders ghaben wir nicht damit gerechnet, wie weit das in den asta und andere sich als links begreifende strukturwen hineinwirkt. die situation spitzte sich so zu, daß im asta eine offene, inhaltliche diskussion nicht mehr möglich war. rücktrittsforderungen überlagerten die inhaltliche debatte. besonders wenn es darum ging, etwas zu veröffentlichen,haben sich viele am interesse der bürgerlichen medien orientiert. trotz der kontroversen positionen im asta gab es keine gemeinsame anstrengung, unabhängig vom medüendruck an die sache ranzugehen, eigene positionen zum thema klarer zu kriegen. zur "entschärfung" wurde eine pauschale distanzierung an die presse gegeben, die die kontroversen innerhalb des asta nicht einmal nennt. es gab auch kritik am inhalt der erklärung an sich, aber die diskussion wäre ohne die medienhetzte anders verlaufen.

*damit haben wir viele menschen im asta übergangen.

jetzt zum inhalt des papiers:

wir haben die grußbotschaft an die ddr gerichtet. damit meinen wir weniger die regierung, als vielmehr alle, die die ddr als sozialistischen staat aufgebaut haben und wollen, daß er als solcher weiterentwickelt wird. mit der bemerkung, daß die ddr unter "den schwierigsten bedingungen" gegründet wurde, meinen wir, daß dieser aufbau ein widersprüchlicher prozeß war, nicht nur wegen des kalten krieges. trotz 12.000 verurteilungen von nazis gilt das gerade bei der antifaschistischen politik. die kommunistInnen standen vor dem problem, mit übert 90% mitläuferInnen oder faschos nach den jahren von kz und krieg einen sozialistischen staat aufzubauen. das hat folgen bis heute. dazu gehören bürgerliche leistungs und nationalideologie wie auch ein "verordneter" antifaschismus, zu dem

Folgende Grußbotschaft übersandte der Asta der FU Berlin der DDR zum 40jährigen Bestehen: Der Asta der Freien Universität Westberlin beglückwünscht die DDR zu ihrer Feier des vierzigjährigen Bestehens. Unter den schwierigsten Bedingungen ist die DDR 1949 als sozialistischer und antifaschistischer Staat gegründet worden. Damit hat sie im Gegensatz zur BRD die faschistische Kontinuität in Wirtschaft, Justiz und Staat durchbrochen. Zur Zeit ist die DDR wieder heftigen Angriffen von westlichen Medien ausgesetzt. Wir distanzieren uns von dem Versuch der BRD, sich damit als demokratischer Staat zu legitimieren und von der eigenen imperialistischen Politik gegenüber den Verfolgten aus dem Trikont abzulenken. Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen die DDR verlassen, werden als politische Manövriermasse mißbraucht und vor allem gegen ausländische Arbeitnehmer/-innen ausgespielt. Der Asta der FU verwehrt sich gegen den Versuch der herrschenden Klasse in der BRD und Westberlin, mit den Ausreisenden als Argument die DDR zu Reformen im kapitalistischen Sinne zu zwingen. Die Weiterentwicklung des Sozialismus in der DDR ist alleine Sache der Kommunist/-innen und Sozialist/-innen innerhalb und außerhalb der Partei.
Hoch die internationale Solidarität.

schwierig ist, sich in bezug zu setzen. auch einzelne nazis blieben auf ihren posten. dennoch ist die grundlage des faschismus, der kapitalismus, durch die nahezu vollständige vergesellschaftung der produktionsmittel gebrochen worden. ein wichtiger punkt ist auch die einigkeit in der linken darüber, daß die brd-imperialisten die übersiedelnden ddr-bürgerInnen hofieren und als manövriermasse benutzen, um sdie brd als "demokratisch" zu legitimieren und die klassenspaltung voranzutreiben.

unser verhältnis zur ddr-opposition.
wir können keine oppositionsbewegung, die auf rekapitalisierung der ddr hinausläuft, unterstützen. wo das hinführen kann, zeigt die entwicklung ungarns: geplanter austritt aus dem earschauer vertragssystem und eintritt in die eg. wir können nur dann einen positiven bezug zu menschen finden, die in anderen ländern kämpfen, wenn wir gemeinsam gegen das imperialistische kapital, hier eg, vorgehen. das gilt auch für die ddr. dabei ist es für uns zweitrangig, ob die menschen in der sed sind oder nicht. weiter möchten wir als frage aufwerfen, inwieweirt es autonome kräfte in der ddr gibt und wie diese sich zur weitgehend liberalen opposition verhalten. wir wissen es nicht.
wir finden es wichtig, daß jede nicht-idealistische kritik an den bestehenden verhältnissen in der ddr berücksichtigt, daß "offene", also mit allen (auch liberalen und kirchenvertreterInnen) geführte diskussionen und deren demonstrationen zu einer eigendynamik mit folgen wie in polen oder ungarn führen können.

ein weiterer wichtiger punkt, der in der grußbotschaft nicht thematisiert wurde, sind die patriarchalen verhältnisse in der ddr. diese wurden jedoch auch bei der massiven kritik am papier nicht einmal erwähnt! in der ddr gab und gibt es ansätze zur gleichstellung der frauen wie gesicherte arbeitsplätze und ein liberales scheidungsrecht. aber diese ansätze habeb nichts entscheidendes bewirkt, auch nicht die zunehmende finanzielle unabhängigkeit der frauen. patriarchat wird weiterhin über die ökonomie als nebenwiderspruch begriffen. patriarchale familienstrulturen, normierung des rollenverhaltens und die zuständigkeit der frauen für die reproduktionsarbeit werden zwar thematisiert, aber kaum praktisch angepackt. sexistische anmache, die annahme von männern, sie könnten über die frauen und ihre körfer frei verfügen, ist alltäglich. es ist wichtig, in der ddr das geschlechterverhältnis genauso wie die ökonomie als hauptwiderspruch zu begreifen. dadurch würden die patriarchalen machtstrukturen in partei- und staatsapparat aufgebrochen.
wir haben hier die punkte, die uns wichtig sind, länger ausgeführt, weil wir eine solidarische diskussion wollen, nicht anpisse und hintenrumgerüchte. für uns ist auch wichtig, daß es nicht darum gehen kann, den menschen in der ddr irgendetwas zu raten oder vorabzubestimmen. herauszubekommen, wie der sozialismus weiterentwickelt werden kann, ist deren aufgabe. mit wem wir uns diskussionen vorstellen können, haben wir oben gesagt.
wichtig ist, die imperialistiscghe absicht auch in bezug auf die ddr zu benennen und dagegen praktisch anzugehen. das bedeutet, den kampf um befreiung und gegen imperialistische projekte, wie eg 92, auf neuen ebenen aufgreifen und verstärken.

DIE WEITERENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS IN DER DDR UND DIE ENTSTEHUNG ANTIPATRIARCHALER KÄMPFE UNTERSTÜTZEN

DEN KAMPF UM BEFREIUNG FÜHREN



HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

NOVEMBERTREFFEN DER VEREINIGTEN LINKEN

IN DER DDR

Folgendes Papier wurde uns samt des Vorspanns zugeschickt - danke! Nur die Frage der Einmischung in die Diskussionen in der DDR sehen wir weitaus problematischer als es in dem Vorspann zum Ausdruck kommt.
einige interims

Nachfolgend die Dokumentation eines Papiers über die Planung eines DDR-weiten Arbeitstreffens für das Projekt "Vereinigte Linke" Ende November.
Wir meinen, die Diskussion sollte nicht auf Gruppen und Zusammenhänge der DDR beschränkt bleiben, sondern auch in der revolutionären Linken Westberlins/der BRD geführt werden schon allein um hiesigen UnterstützerInnen (AL etc.) des Neuen Forums und ähnlicher Gruppierungen politisch etwas entgegenzusetzen.
Da die Verwirklichung eines echten Sozialismus in der DDR Impulse für revolutionäre Entwicklungen in anderen Staaten geben könnte, bzw. da dessen Scheitern unabsehbare Folgen insbesondere für die gesamte westdeutsche Linke mit sich brächte, darf sich unsere "Anteilnahme" nicht auf den Abdruck von DDR-Diskussionspapieren beschränken!!!

Die Auslassungen betreffen interne DDR-Kontaktadressen, die wir wegzulassen gebeten wurden.

Mitteilung über die geplante Durchführung eines DDR-weiten offenen Arbeitstreffens unabhängiger Linker (Sozialisten) gegen Ende November 1989

Am 2. Oktober 1989 fand in Berlin eine Zusammenkunft von Mitgliedern unabhängiger linker Gruppen, Arbeitskreise und Sozialisten statt. Es wurde beschlossen, im November ein DDR-weites Arbeitstreffen durchzuführen und zu dessen Vorbereitung eine Koordinierungsgruppe zu bilden.
Das Arbeitstreffen soll sowohl thematisch, als auch hinsichtlich der verschiedenen linken Strömungen und Tendenzen ein möglichst breites Spektrum umfassen. Es wird die Möglichkeit bieten, grundsätzliche Klärungs- und Orientierungsprozesse einer sozialistischen Zukunft für die DDR zu befördern und Arbeitsergebnisse konzeptioneller Art zu speziellen Fragen aus Politik und Wirtschaft zur Diskussion zu stellen.
Hier wird Gelegenheit sein, konkrete sozialistische Alternativen für die Umgestaltung der DDR zu erarbeiten. Dabei soll versucht werden, eine integrative themenbezogene Auseinandersetzung zu ermöglichen, die Praktiker und Theoretiker, an allgemeinen Fragen Interessierte und Spezialisten gleichermaßen zu Wort kommen läßt.
Die Teilnehmer werden nicht nur ihre unterschiedlichen Auffassungen miteinander konfrontieren, sondern auch gemeinsame Vorstellungen herausarbeiten und versuchen, einen Konsens zu finden, der tragfähig für das Projekt einer Vereinigten Linken sein könnte. Dieses Projekt ist kein Selbstzweck, sondern kann ein Beitrag für eine breite Bewegung für die sozialistische Umgestaltung der DDR werden. Es wird deshalb auf der Tagung auch zu erörtern sein, wie das Projekt einer Vereinigten Linken über das Treffen hinaus unterstützt werden kann.
Wir wenden uns an alle Linken, ob in unabhängigen Arbeitskreisen oder einzeln arbeitend, ob in der SED organisiert oder nicht und rufen sie auf, sich mit ihren Beiträgen an dem Treffen zu beteiligen oder selbst solche Arbeitstreffen zu organisieren und mit den Ergebnissn untereinander in Kontakt zu treten. Unterstützt durch eure Arbeit das Projekt "Vereinigte Linke" und damit den Kampf um eine sozialistische Alternative für die DDR!
Kontakt mit der Koordinierungsgruppe des Novembertreffens kann zunächst über die Postadresse der Berliner "Umwelt-Bibliothek" oder auch über die UB direkt aufgenommen werden.
Zum Stand der organisatorischen und thematischen Vorbereitung, über weitere Termine, Kontaktadressen von Arbeitsgruppen, den endgültigen Ort und die Zeit des Treffens geben zum Beispiel die im laufenden Informationsdienst "Telegraph" der Umweltbibliotek oder in anderen unabhängigen Informationsblättern veröffentlichten Mitteilungen der Koordinierungsgruppe Auskunft.

Die Koordinierungsgruppe für das Novembertreffen

Mitteilung Nummer 1 der Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung eines Arbeitstreffens für das Projekt "Vereinigte Linke"

Die Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung des Arbeitstreffens wird fortlaufend Mitteilungen zum Stand der inhaltlichen Arbeit und Termine veröffentlichen.
Sie ist für die Erarbeitung des thematischen Rahmens dieses Arbeitstreffens auf der Grundlage verschiedener inhaltlicher Vorarbeiten und Beiträge von gemeldeten Teilnehmern des Treffens sowie für die organisatorische Vorbereitung verantwortlich.
Sie ist auch bereit, die Vermittlung von Kontakten für eine dem Treffen vorausgehende oder nachfolgende inhaltliche Zusammenarbeit verschiedener Teilnehmer an gleichen Projekten zu unterstützen. Dies zielt auf längerfristige Zusammenarbeit der Linken über solche Arbeitstreffen hinaus. Insofern versteht die Koordinierungsgruppe sich gleichzeitig als Initiative zur Förderung eines Projekts "Vereinigte Linke", welche in der Diskussionen über einen gesellschaftlichen Wandel für die sozialistische Umgestaltung der DDR auf der Grundlage

- des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
- des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
- der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenter Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds
- des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft

eintritt.

Als vorläufiger Termin für das Arbeitstreffen ist der 25. und 26. November 1989 verabredet. Über den Ort wird an dieser Stelle alsbald informiert.
Die Arbeit in den thematischen Untergruppen und themenzentrierten Arbeitsgruppen muß vor allem Beiträge für ein konkretes, politisch durchsetzbares und radikales Übergangsprogramm der sozialistischen Umgestaltung der DDR zum Ziel haben. Dies schließt Anstrengungen für einen tragfähigen inhaltlichen Konsens der Linken in den wichtigsten Fragen dieser Umgestaltung ein.

Die Koordinierungsgruppe organisiert die inhaltliche Vorbereitung in zwei Themengruppen.
Der Koordinierungskreis der Themengruppe "Demokratie und Selbstverwaltung des Volkes" schlägt zunächst folgenden inhaltlichen Rahmenplan vor:

Hauptthema 1:
** Die politischen Formen der Verwirklichung von Volkssouveränität und gesellschaftlicher Willensbildung*

Als Arbeitsthemen für thematische Untergruppen werden vorgeschlagen:

1. Sozialistischer Pluralismus und Organisationsfreiheit
2. Welche Formen der direkten Demokratie (Räte, Kommunen) können eine Alternative zum bürgerlichen Demokratismus (Parteienpluralismus im Rahmen des parlamentarischen Systems) werden ?
3. Die Funktion von politischen Parteien in einem System der direkten Demokratie

Hauptthema 2:
** Die Rolle des Staates und die Aufgaben selbstverwalteter Körperschaften des Volkes*

Arbeitsthemen für thematische Untergruppen:

1. Organe territorialer Selbstverwaltung und die Organisationsform des sozialistischen Staates
2. Kommunalpolitik, territoriale Räte und andere Formen von Selbstorganisation und Volksvertretung Die Rechte von Bürgerinitiativen, Berufs- und anderen Interessenverbänden
3. Sicherung und Gewährleistung der individuellen und sozialen Rechte; Rechtsstaatlichkeit

Hauptthema 3:
** Innergesellschaftlicher Interessenausgleich und der politische Rahmen für Konfliktlösungen im Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft*

Arbeitsthemen für thematische Untergruppen:

1. freie Gewerkschaften im Sozialismus und ihre politische Funktion
2. Die politische Funktion von Arbeiter- und Betriebsräten und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften
3. Aufgaben von Massenorganisationen und übergreifenden Initiativen

<u>Themenzentrierte Arbeitsgruppen:</u>

- Sozialistische Außenpolitik
- Deutschlandpolitik einer sozialistischen DDR
- Sozialistische Verteidigungspolitik
- Volksbildung
- Kultur
- Geschichte der kommunistischen Bewegung

Der Koordinierungskreis der Themengruppe <u>"Grundzüge der Gestaltung sozialistischer Wirtschaftsbeziehungen"</u> schlägt vorläufig folgenden inhaltlichen Rahmenplan vor:

<u>Hauptthema 1</u>
* *Die Gestaltung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse im Prozeß sozialistischer Vergesellschaftung. Möglichkeiten und Grenzen für die Entwicklung selbstverwalteten und privaten Eigentums*

Ein Arbeitsthema für thematische Untergruppen ist:
Die Rolle der Gewerkschaften und des Arbeitsrechts unter Bedingungen betrieblicher Selbstverwaltung

<u>Hauptthema 2</u>
* *Formen und Methoden des Interessenausgleichs zwischen selbstverwalteten Betrieben und gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen.*

Arbeitsthemen für thematische Untergruppen:
1. Die Funktionen gesellschaftlicher Planung in ihrer Wechselwirkung zu "Marktmechanismen"
2. Regelungen, um die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Umwelt wiederherzustellen und zu sichern
3. Grundzüge der Gestaltung von Außenwirtschaftsbeziehungen

<u>Hauptthema 3</u>
* *Umrisse einer DDR-spezifischen Strukturpolitik*

Arbeitsthemen für thematishe Untergruppen
1. Grundfragen der Strukturpolitik zur Einleitung des ökologischen Umbaus der DDR-Industriegesellschaft unter besonderer Berücksichtigung energiepolitischer Konsequenzen.
2. Die Bedeutung der Wissenschaft für die Überwindung wirtschaftlicher Innovationsschwächen

[..]

Angesichts der krisenhaften Situation in unserem Land wird erwartet, daß alle thematischen Untergruppen und themenzentrierten Arbeitsgruppen über die zwangsläufig zum Teil sehr grundsätzliche Erörterung ihres Gegenstands hinaus unbedingt zu konkreten Schlußfolgerungen und Vorschlägen für die nächsten, aktuellen und dringlichen Veränderungen kommen! Es wird während des Treffens ein Ausschuß aus Vertretern aller Arbeitsgruppen gebildet, der diesen Bestandteil der Arbeit aller Gruppen zusammenfaßt und dem Plenum vorstellt. [...]

Berlin, den 19.10.1989
Die Koordinierungsgruppe für das Novembertreffen der Linken [...]

ANTIPATRIARCHATSDISKUSSION IN DER DDR

WANDZEITUNG AUS DER GETHSEMANE-KIRCHE

Betr.: aus rede e.krenz, 19.10.1989
"wir wenden uns an die hochgebildete und politisch engagierte Intelligenz unseres landes, an die wissenschaftler, die schriftsteller, künstler und alle kulturschaffenden, an die ingenieure, pädagogen und medizimer. ihre erfahrung und ihr rat, mit dem sie das antlitz unseres landes unverwechselbar mitgestaltet haben, ist mehr denn je gefragt. wir gehen davon aus, daß sich die angehörigen der intelligenz auch künftig als leistungsbewußte, kreative und verläßliche partner unserer partei und der gesamten gesellschaft erweisen werden. wenn es um einen attraktiven sozialismus geht, darf es keine begrenzung für forscherdrang und schöpfertum geben.

wir wenden uns an die frauen unseres landes, die in familie, beruf und gesellschaftlichem leben unentbehrliche stützen unserer gesellschaft sind. ohne sie und ihre leistungen ist unsere gesellschaft nur die hälfte wert. sie braucht ihre talente und fähigkeiten, ihren bewundernswerten einsatz für das glück ihrer familien und unseres volkes.
... "

FRAUEN!

Wir sind die Besten!

Ein Absatz der Rede E. Krenz ist der „Frau an sich" gewidmet.
Denn daß die Frau nicht etwa entbehrlich sei, bedarf der Erwähnung durchaus.
Der Mann an sich" wird nicht gewürdigt. Die Frauen sind „unentbehrliche Stützen unserer Gesellschaft." Diese ist nur „die Hälfte wert, ohne sie und ihre Leistungen! Wir danken für die Ehre, der einen anscheinend hinkenden Hälfte, als Gegenstand (gemeint ist wohl eine Krücke) nützlich zu sein, indem wir sie stützen. Hauptsache wir haben eine Lebensberechtigung!
„Sie braucht ihre Talente und Fähigkeiten, iheren bewundernswerten Einsatz für das Glück <u>ihrer</u> Familien und <u>unseres</u> Volkes." Beachte: Familie als Fraueneigentum, Volk als Männereigentum.
Mit dem Lockruf „Glück ihrer Familie" bekundet er sein Verständnis für weibliche Urinstinkte. Zielmotiviert treten wir an und sind zu allem bereit, oder?
Vater Staat bietet soviel Soziales, Mutti liefert die Geborgenheit.
Unter welchen Umständen, bleibt weiter ein geheimes Frauenleiden.
Unser Einsatz gilt der herrlichen Aufgabe, das Problem „Glück" zu bewältigen.
Nischenglück! Deshalb tritt für „sie" die Ausnahmeregelung inkraft, ihr auch getrennt von „ihrer Leistung" einen Wert zu genehmigen. Unter Berücksichtigung und in den Grenzen weiblicher Nutzeigenschaften, z.B. Unterordnung.
Auch Nutzpflanze und Nutzvieh müssen Eigenschaften ausbilden, die den Bedürfnissen der Züchter entsprechen.
Sie ist natürlich nebenbei „Genossenschaftsbäuer<u>in</u>", „Arbeiter<u>in</u>", „Genoss<u>in</u>", „Bürger<u>in</u>".
Als „Wissenschaft<u>ler</u>, Schriftstell<u>er</u>, Künstl<u>er</u>, Kulturschaffend<u>er</u>, Ingeni<u>eur</u>, Pädagog<u>e</u>, Medizin<u>er</u>, Handwer<u>ker</u>, Gewerbetreibend<u>er</u>," ist sie nicht mehr weiblich. Sicherheitshalber, denn was wäre, wenn „unsere Erfahrung, unser Rat gefragt ist, und wir damit das Antlitz unseres Landes unverwechselbar mitgestalten" würden? Den Besitzern verständnisvoll-verfügbarer Krücken könnte der Zusammenbruch drohen und die Männergellschaft wäre wiederum weniger wert. Dann bleibt Mann lieber dabei, und überläßt der Frau das ihm fremde „bewundernswerte" Talent zum Glückspenden.
Dreifachbelastung gleich Dreifachentmündigung!

BEMERKUNGEN ZUR RADIKALEN PAPIERTIGER-LINKEN

Nun ist es also doch soweit: Wo alle Welt um mich herum fast nur nur noch über die diversen Plattformen der "Radikalen Linken" spricht, nicht ohne Berücksichtigung der ersten Abänderungen, vorläufigen Ergänzungen, und die zunächst aufgeschobenen Nebenpunkte will ich doch auch einmal eifrig in die Tasten meiner Pgersonalcomputers greifen und mich zu Wort melden: Dabei sende ich meine Signale aus den abgründigen Spalten des in ungeheuren Dimensionen ablaufenden Sozialprozesses der Autonomen Scene in So 36,von dem ich mir schon so manchesmal gewünscht habe ihn auch verstehen zu können.



Warum ich schon immer mal berühmte Leute kennen lernen wollte

Als ich irgendwann im Februar eine Resolution der "Radikalen Linken" in Hamburg zum Hungerstreik in die Finger bekommen habe, fand ich den Inhalt des Textes mäßig, da darin weder etwas Neues noch überhaupt etwas Aufrüttelndes drin stand. Von der Unterzeichnerliste war ich allerdings um einiges mehr beieindruckt: Lauter Namen aus den letzten Jahren, die ich zumeist nur aus Presse, Funk und Fernsehen kannte: Herman Gremliza von Konkret, Carlo Roth, autonomer Cheftheoretiker, Jutta Dithfurt, die grüne "Jean D`Arc" und und und. Ich müßte lügen, wenn ich verschweigen würde, daß ich bei diesem "Geheimtreffen" auch ganz gerne dabei gewesen wäre.So mittendrin unter lauter so berühmten Genossen, allen mal so die Hand schütteln dürfen und jeden mal so direkt auf "Du" anquatschen zu können: "Hey Genosse, wie schätzt du denn gerade die politische Lage ein, wo geht`s lang ? Ach so, das diskutieren wir in 36 aber ganz anders !"
Das erste Hamburger Treffen der Radikalen Linken kam auf Iniative und persönliche Einladung der beiden "ökosozialisten" Trampert und Ebermann aus der gewaltfreien grünen Reformpartei zustande. Durch die übliche Mund zu Propaganda hat sich das dann noch`n bischen erweitert und so saß den im Hamburg ein Kreis zusammen, der sich politisch ganz grob aus Linksgrünen, DKP - Erneuerern, KB, sogenannten "Reform" - Autonomen, oder sagen wir lieber stark intelektuell orientierten Autonomen zusammensetzte. Wenn ich bisher alles richtig verstanden habe, will die Grüne Partei nicht mehr soviel von den ökosozialisten" wissen, weil sie jetzt in ein paar Ecken der Republik die schwere Regierungsverantwortung tragen darf, und in Berlin gerne die ganze Stadt ökologisch umbauen möchte und dafür vorher noch den Spandauer Forst für ein Stromttrasse roden muß. Deshalb sagen die Genossen Trampert und Ebermann,daß doch dann eigentlich alle Linken in der "Krise" seien und es das Beste sei, sich in der Krise zusammenzutun, zu palavern, um ihr geschlossen und energisch begegnen zu können.. Nach dem Treffen in Hamburg wurde die inhaltliche Richtung dieser großen Krisendiskussion in dem Begriff "Radikale Linke" gefaßt.

Her mit den Krisendiskussionen und allen anderen Abenteuern

Um ganz ehrlich zu sein, da war ich doch ein wenig verblüfft: Ausgerechnet Leute, die in den letzten 1o Jahren innerhalb der gewaltfreien Grünen Partei nix anderes gemacht haben, als - eine natürlich überaus - geschickte Parlamentspolitik zuzüglich aller damit notwendigerweise zusammenhängenden Intrigenspielchen, Ränkepolitik, Bündnisverhandlungen, Konsenspapier-schreiben,Mitgliederversammlungen-schon-vorher-in-der-Hand-haben, raus rotieren-reinrotiren, radikale Resolutionen fassen,den Medien Interviews geben, sich-auf-Parteitagen-wählen-und-feiern-lassen scheinen dieser ganzen Praxis den Rücken kehren zu wollen und erklären sich erst mal zu "Radikalen Linken". Das ist doch eigentlich paradox: Da haben wir Autonome als gewitzte und unbeugsame Linksradikale in den letzten 15 Jahren an allen möglichen Ecken und Enden in dieser Republik aufgewiegelt, Häuser und Bauplätze entweder allein oder mit vielen anderen besetzt, den Hafen durchgekämpft und bisher gehalten, zweimal die Infrastrukturen bei Hungerstreiks gestellt, hin und wieder in Kreuzberg einen Kiezaufstand gemacht und den IWF - Schergen im Herbst 88 in Berlin mal `nen kräftigen Schrecken eingejagt und nun kommen auch ein paar Parteipolitiker und sagen:" Im Grunde unseres Herzens waren wir eigentlich schon immer "Radikale Linke", auch wenn wir uns in den letzten 1o Jahre mit grünen ökofellwesten verkleiden mußten, damit uns niemand so schnell erkennt". Ein wenig gerührt über die Rückkehr der verlorengegangenen Genossen schaue ich sie an und sehe, daß sie immer noch ihre alten roten Unterwanderungsstiefel anhaben. " Na", sage ich da großmütig:" Herzlich willkommen liebe Parteipolitiker .Wir Autonomen finden das alle ganz toll, daß ich euch endlich dazu entschlossen habt bei uns in den autonomen Zusammenhängen solidarisch und gleichberechtigt mit zu machen.
Doch weit gefehlt: Nach allem was ich bisher gehört habe, wollen die "Radikalen Linken" gar nicht bei uns mitmachen, sondern sie sind der Meinung daß wir bei ihnen mitmachen sollen. Zwar sei unser "Mißtrauen" gegenüber ihrer Vergangenheit als Parteipolitiker verständlich - (letztlich natürlich völlig unbegründet!) -, doch fänden wir es doch auch toll wenn sich nun wirklich alle "Radikalen Linken" zusammentun würden, um hier mal den Schweinen so richtig zu sagen was Sache ist. Und deswegen hätten sie große Lust darauf mit uns über unsere Erfahrungen und vor allem "unsere Krise" zu reden. Wenn Zeit dazu sei, würden sie auch noch was zu ihrer Rolle bei den Grünen sagen.
Also denn ein erster Anfang ist gemacht auf geht`s.:" Vielleicht waren die letzten 15 Jahre autonomer Politik doch irgendwie Mist ?" denk`ich mir da. " Zuviel Militarismus, keine Kontinuität, alles zu unverbindlich, zu oberflächlich.zu abgeschottet, immer nur technische Diskussionen darüber ob wir nun die Bullen weghauen oder nicht, zu arrogant und und. Eben sag`ich`s doch ... irgendwie war alles daneben, schlecht und bescheuert. Was wir brauchen ist doch klar: Wir brauchen klare verbindliche Strukturen, verantwortlich Handelnde , dieses ganze unübersichtliche Vollversammlungsgewusel hört jetzt endlich mal auf,wir brauchen echt mal ne klare Arbeitsteilung, wo die rechte Hand weiß was die Linke tut, wir brauchen die politischen Inhalte, wir brauchen die breite Vermittlung derselben, verdammt noch mal, wie wollen wir denn mehr werden, gegen diese scheiß- imperialistische BRD.?"
Auch die Genossen Trampert und Ebermann sind nicht untätig und schreiben schon mal ein erstes Papier über den gemeinen Kapitalismus, die bösen reformistischen Grünen, den Untergang des real existierenden Sozialismus und die brutale Repression und daß alles vielleicht noch viel schlimmer wird, wenn die Radikale Linke jetzt nicht bald ... Und Schwupp di Wupp gibt`s kaum, daß die ersten Diskussionen begonnen haben laut Überschrift im "Arbeiterkampf" ein erstes "gemeinsames Konsenspapier gegen die kapitalistische Modernisierung". "Halleluja!" denkt da mein autonomes Kleinbürgerhirn: Die alten Strukturen aus vergangenen "Leitenden- Gremiums" -



Zeiten aus alten KB - Tagen funktionieren immer noch gut und eigentlich auch ganz schön effizient. Da könnten wir Autonome uns doch glatt mal `ne Scheibe abschneiden, anstatt als aufgeregte Klienbürger sich nie an demokratisch gefällte Beschlüsse zu halten, alles in Frage zu stellen und überhaupt ..."
In der "Konkret" wird sich seitensweise erbittert mit spitzer Feder und Druckerschwärze um das "revolutionbäre Subjekt" in der Metropole gebalgt. Carlo wirft seine alten Theorien mal wieder über den Haufen, erfindet eine neue und ich fummele mich mit mit einem alten Fremdwörterbuch durch alle möglichen Begriffskonstruktionen, die mir in den letzten 1o politischer Arbeit einfach noch nicht begegnet sind. Wahrscheinlich ist das auf meine typisch vollautonome Kurzsichtigkeit zurückzuführen, daß ich einfach nie über den Tellerrand autonomer Basisbanalitäten herausgeguckt habe, und mir völlig entgangen ist, das Carlo am Sternenhimmel ein "völlig neues Universum von Arbeiterklasse" entdeckt hat. Kein Wunder, aufgrund meiner politisch völlig unwichtigen und verqueren Erfahrungen das es mir jetzt so schwer fällt mich in dieser "echt mal inhaltlichen Debatte" zurechtzufinden.

Im Sommer habe in Hamburg ein paar Freunde und eine wissenschaftliche Tagung besucht

---

Als ich vor ein paar Monaten ein paar Freunde in Hamburg besucht habe, bin ich auch mal zu einer Tagung des Hamburger Institutes für Sozialforschung über faschistische Kontinuitäten aus dem 3. Reich bis in die BRD gegangen. In Vorträgen belegten dort die verschiedensten Wissenschaftler mit einddrucksvollen wissenschaftlichen Querverweisen., Fußnoten und Anmerkungsapparaten, wie sich die alten Nazis in der BRD in der Maske von bürgerlich-demokratischen Biedermännern breit gemacht und weiter die Kommunisten und die Arbeiterbewegung fertig gemacht haben. Da alle Vorträge so eindruckvoll und lang waren, wie die Zeit kanpp bemessen , schob die Tagungsleitung den Diskussionsteil auf einen ca. halbstündigen Block nach 6 Stunden Frontalvorträgen mit der Bemerkung zusammen, man könne dann ja alles im Zusammenhang diskutieren. Dafür waren jedoch die ca. 150 BesucherInnen wie auch der Verfaser dieser Zeilen schlicht weg zu dumm. Jemand aus dem Publikum wagte sich noch schüchtern zu fragen, was das denn alles für die heutige Zeit bedeute. Diese nun wirklich jeden akademischen Rahmen sprengende Frage wurde jedoch mit souveräner Geste vom leitenden Podium übergangen.
Und dann war es denn schließlich soweit: Die Podiumsdiskussion mit Carlo Roth, Ralph Giordano, Heiner Lichtenberg und Thomas Ebermann unter der Fragestellung : "Is germany our Problem?" konnte beginnen.
Während Carlo mit großer Geste die Frage, ob "Germany" denn nun sein "Problem" sei oder nicht entschlossen verneinte, da er schon immer Internationalist gewesen sei, zollten die beiden Linksliberalen Giordano und Lichtenberg Carlo Roth für seine emsigen Forschungsbemühungen großen Respekt und Dank. Das hätten sie alles so noch gar nicht gewußt, das wären für sie ja völlig neue Ansichten. Das trieb Thomas Ebermann zu spötischen Bemerkungen über dieses ganze Getue: Er wolle auch seinen ganzen Respekt vor Carlo und dem Institut dartun und fänd`s auch ganz toll mal so vor vielen



jungen Leuten sprechen zu dürfen. Danach hat er die beiden Linksliberalen in aller Ruhe auseinandergepflückt, weil diese reichlich dusselige Bemerkungen über die RAF und den europäischen Binnenmarkt verzapft hatten. Dabei ließ Ebermann die beiden Linksliberalen wirklich schlecht aussehen, und nachdem bei seinen Polemiken bei einem von ihnen nicht nur für das Publikum der Eindruck entstand, dieser sei ein "dummer August" verließ dieser still und leise fast den Tränen nahe das Podium.
Carlo war aber noch sauer über die spitzen Ebermann -Anwürfe Beginn der ganzen Diskussion und knurrte etwas grimmig in das Mikrofon, daß er sich glücklich schätze, daß Thomas Ebermann nach langen Jahren der Abwesenheit in Bonn wieder nach Hamburg in die Reihen der revolutionären Bewegung zurückgehekrt sei, um ihr dort seine - nicht nur rhetorischen - Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Das war`s denn denn auch, und nach Carlos heroischen Worten fand diese eigentlich nicht stattgefundne Dikussion auf dem Podium ihr Ende.
Ich war von ihr außerordentlich positiv angetan, da ich mich lang nicht mehr in den letzten Jahren auf politischen Veranstaltungen so gut unterhalten gefühlt hatte. Es war ein wenig wie beim Tennisspielen: Die Spitzencracks hauen sich so richtig die Bälle um die Ohren, die Asse und Tie Breaks purzeln munter durcheinander, umstrittene Linienrichterentscheidungen und am Schluß: Spiel, Satz und Sieg für das Doppel Thomas Ebermann und Carlo Roth !
Solche begnadeten Rhetoriker und Demagogen in unseren - meinen revolutionären Reihen, die die bürgerlichen Schwindler und Ideologen einmal so richtig nackt ausziehen, so daß ihnen Angst und Bange wird . Wer von uns einfachen autonomen Genossen und Genossinnen würde da nicht auch aufspringen um den beiden zuzujubeln ?.


„Das ist der Kollege, der immer den Sauerteig abschmeckt."

Muß es eigentlich immer kompliziert werden, wenn man etwas inhaltliches sagen will ?

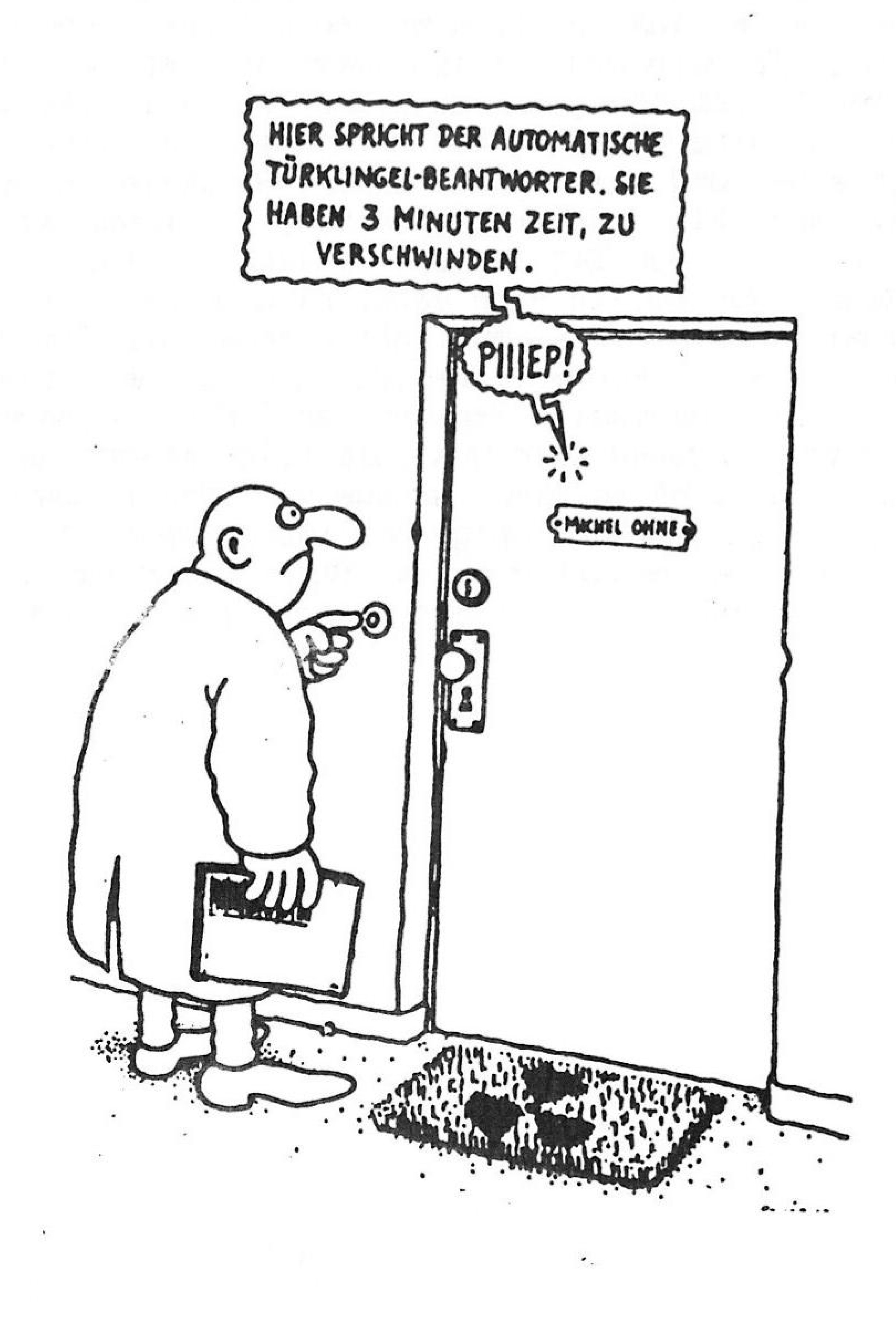
Der Ablauf der Tagung des Institutes für Sozialforschung und insbesondere die sich daran anschließende Podiumsdiskussion scheint mir symptomatisch dafür zu sein, was uns in absehbarer Zeit bei den ganzen Debatten im Umkreis der "Radikalen Linken" vermutlich blühen wird : Aufrichtige, jedoch von den Medien bestochene Genossen liefern sich stellvertretend für uns alle in diversen Podiumsrunden verbale Scheingefechte, deren Unterhaltungswert enorm, deren Tauschwert ausgedrückt in einem ganzen Medienrummel groß, deren Gebrauchswert jedoch für eine weitere linksradikale Politik in der BRD gering sein wird.
Dies hängt aus meiner Sicht weniger mit bestimmten inhaltlichen Linien als vielmehr mit einem bestimmten Theorie - Praxis - Verhältnis des gesamten "Radikalen Linken"- Projektes zusammen.
Als könnte sich eine Linke einfach mal so außerhalb von verschiedenen Bewegungen,Kämpfen und Praxisansätzenstellen, die allein nur ihre politische Berechtigung und mögliche Attraktivität auf andere ausmachen können, wird zunächst mal mit langen Papieren die ganze Welt im allgemeinen und die Situation der "Radikalen Linken" im besonderen erklärt. Als intelektueller Spaß ist sowas auch völlig legitim. Es öffnet in der Tat für das Denken ein paar bisher verschlossene Räume. Nur sollte sich dabei niemand der Illusion hingeben,über diese Formen der Kommunikation innerhalb dieser Gesellschaft etwas bewegen zu können. Das ist auch mit dem liebevoll gemeinten Begriff der "Radikalen Papiertigerlinken" ausgedrückt. Es ist ein groß hochgezogenes wild und gefährlich erscheinendes Tier. das bei näherer Betrachtung eben nur aus viel Papier besteht: Darüber kann eigentlich nur derjenige enttäuscht sein, der nicht in der Lage ist, den Stellenwert den ein Papiertiger nun einmal haben kann einzuschätzen. So existiert beispielsweise im tiefsten

36 ein linksradikales Buch- Presse- und Zeitungsarchiv gleichen Namens, das zwar viel zu wenig benutzt jedoch außerordentlich nützlich ist. Allen, die es benutzen, ist allerdings klar, daß es den politischen Kampf nicht ersetzen kann. Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, den radikalen Papiertigerlinken kommt es jetzt darauf an, eine neue Interpretation zu erarbeiten Doch leider sind diese intelektuellen Bemühungen zugleich mit einer Orientierung für eine politische Organisierung verbunden. Und das ist so abgehoben wie grausig dumm oder in eine prägnante Formel gefaßt: Im gesamten ursprünglich von Trampert /Ebermann verfassten Papier ist kein vorwärtsweisender Gedanke und nicht der Ansatz einer mobilisierenden subversiven Strategie enthalten.



Diese suberversive Strategie ließe sich nur entwickeln, wenn sich die Diksussion bestimmter politischer Inhalte zugleich mit in der in Frage Stellung der bisher gelaufenen eigenen Praxis verbindet. Diese Debatten lassen sich auch kurz in dem Begriff "Militanzfrage" fassen. Obwohl selbstverständlich die Überwindung dieses beschissenen Systemes nicht in erster Linie eine militärische Angelegenheit sein kann und wird, läßt sich das Militanzproblmem nicht lediglich instrumentell so unter dem Motto beantworten: "Unsere Militanz muß sich nach unseren politischen Vorstellungen richten" Diese scheinbar konsenstiftende Formel in der radiaklen Papiertigerlinken ist so abstrakt richtig, wie sie konkret fast nichts mit der Realität zu tun hat. Ich will es einmal umgangsprachlicher formulieren: Wer sich wie z.B. grüne Prateipolitiker beständig im Rampenlicht einer wie auch immer gearteten öffentlichkeit herum tummelt, gräbt sich selber die Bedingungen dafür ab verdeckt und subversiv handeln zu können. Auf den an dieser Stelle möglicherweise geäußerten Einwand "Ja und, das sei nun mal so !" sei an dieser Stelle erwidert, das sich derjenige dem nicht völlig unbegründeten Verdacht aussetzt, er wolle ja nur Stellvertreterpolitik betreiben, dh er möchte im nachhinhein gerne beurteilen, ob es denn nun politisch richtig gewesen war, ob andere den Kopf hingehalten oder nicht

Demgegenüber bleibt es trotz aller zu kritisierenden Unzulänglichkeiten der autonomen Szene- Organisierung gerade durch die Abschottung gegenüber einer bürgerlichen öffentlichkeit ihr Verdienst den Raum für eine Verkoppelung von politischen Diskussionen mit einer auf eine politische Praxis zielenden Orientierung geöffnet zu haben. Und zwar ein politische Praxis, die sich nicht permanent an dem ganzen bürgerlichen Müll von demokratischen Rechten und Demokratie abbarbeiten muß, um überhaupt zum Handeln zu kommen. In der starken und von den Iniatioren des radiaklen Papiertigerlinken- Projektes gewollten Außenorientierung auf eine wie auch immer geartete bürgerliche öffentlichkeit realisiert sich durch den diesbezüglichen unumgänglichen Medienfilter wenig mehr, als eine rechtsstaatliche Orientierung in der eigenen Organisierung.Der ganze Laden wird unter Berufung auf die demokratischen Grundrechte auf Kritik und Meinungsfreiheit laufen (müssen), denn es ist schlechterdings eine offen agierende bundesweite zentralistisch strukturierte radikale und revolutionäre Organisation denkbar , ohne das diese sich im Falle staatlicher Repression nicht beständig auf irgendwelche demokratischen Grundrechte wie z.B. der Meinungsfreiheit wird berufen müssen. Diese verquere politische Praxis - revolutionäre Politik mit dem Grundgesetz unter dem Arm und im Kopf betreiben zu müssen - ist bereits aus über 2o Jahren Geschichte der neuen Linken durch die Gründung, kurze Geschichte und dem raschen Zerfall der ML - Bewegung hinlänglich bekannt. Herauskommen kann da unter den gegebenen gesellschaftlichen Herschaftsverhältnissen wenig mehr als ein radikaldemokratischer Verband der Papiertigerlinken, die zu allen möglichen Dingen unter dem Motto: "Die "Radikale Linke" begrüßt, verurteilt, fordert auf, beschließt, warnt usw..." Stellung nimmt. Es wäre dann allenfalls noch zu diskutieren, ob sich die Resolutionen dieser Gruppierung soweit normieren lassen, daß sie schneller von einem bürokratischen Apparat bewältigt werden können . Ganz außen vor lassen wir dann aber auf jeden Fall die Frage, was denn jeweils an auch persönlichen Konsequenzen aus den Politikvorstellungen der "Radikalen Linken" für die daran Beteiligten folgen soll. Was ist für den Fall, das diese Forderungen aus den diversen Erklärungen und Resolutionen schlicht und ergreifend von den Schweinen nicht erfüllt werden sollten. Ich schlage dazu den Passus vor, daß die nicht Erfüllung von Forderungen der radikalen Linken von ihr "zutiefst bedauert" wird.



So ist es denn auch kein Zufall, daß den Genossen aus dem Berliner Vorbereitungskreise der radikalen Linken nix anders einfällt als in der Stadt `nen dicken Kongreß mit lauter berühmten Namen auf den Podien zu organisieren. Das sollten wir uns doch alle mal ganz sinnbildlich versuchen vorzustellen: Auf dem Forum Wohnungsbaupolitik bezw Wohnungsnot in Berlin streiten sich die Eperten der radikalen Linken , ob nun 10 000 oder 2000 Menschen in der Stadt obdachlos sind oder nicht. Na, die Leute auf der Strasse, die keine Bude haben, werden sich bei der radikalen Linken für diese neue Analyse bestimmt herzlich bedanken. Ansonsten fährt der rot grüne Mafioso - Senat durch prompte Räumungen im Falle von auch weiterhin schlecht organisierten Hausbesetzungen weiter mit uns Schlitten.





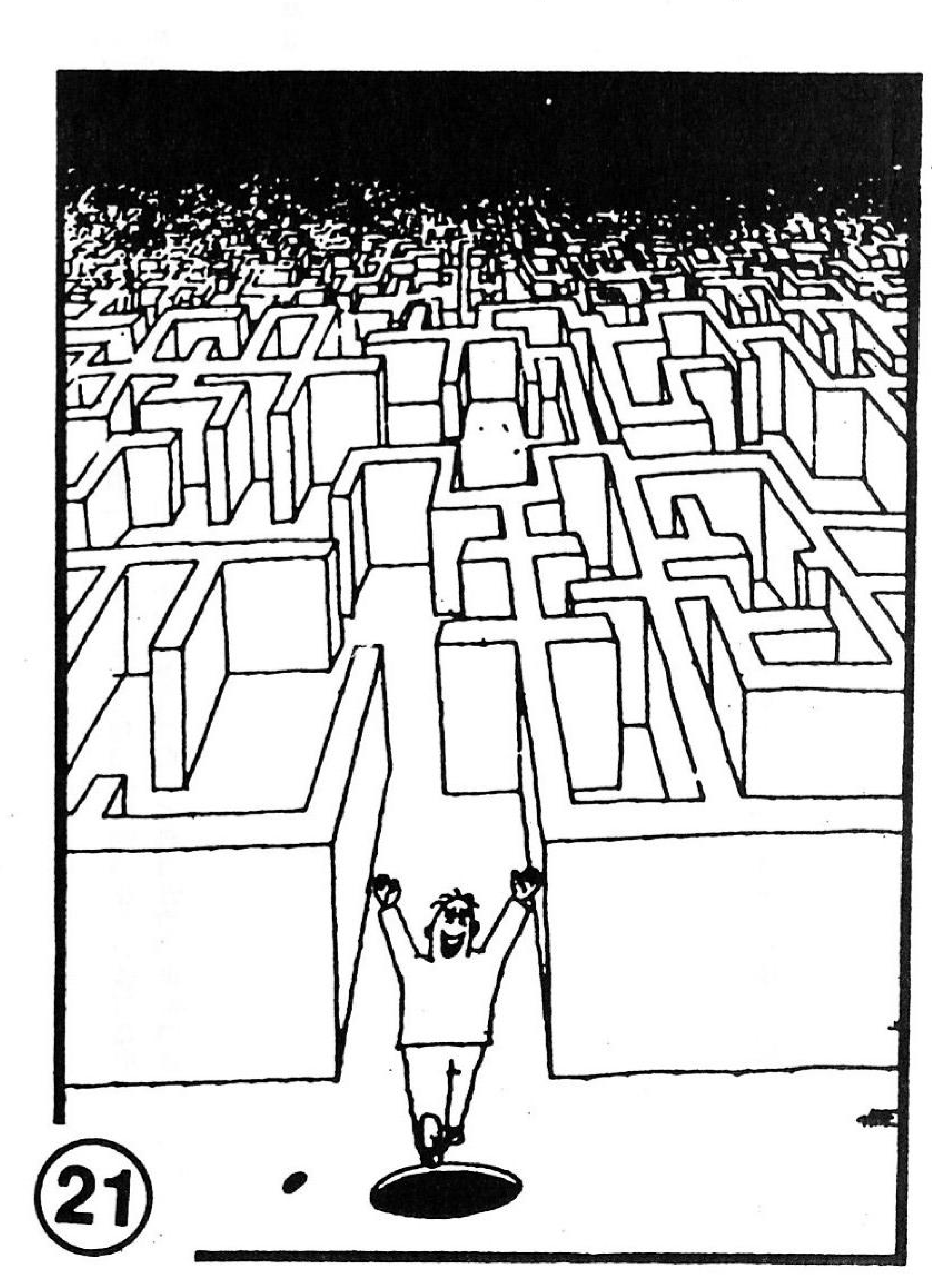
In den ganzen jetzt laufenden Debatten um die "radikale Linke" besteht das zentrale Problem aus meiner Sicht nicht darin, zu allen differenzierten Positionen zu Fragen des "revolutionären Subjekts" in der Metropole, den gemeinen Kapitalistenstrategien usw jeweils eine noch differenziertere Position hinzuzufügen, bezw darüber herumzumaulen das dieses oder jene ja noch völlig fehlt (Die Liste der beliebigen Themen wäre da doch eigentlich ziemlich lang: Was sagen denn die Radikalen Linken eigentlich zur Verkehrspolitik, und als aufgeklärte Männer sollten wir selbstverstöndlich den Feminismus natürlich auch berücksichtigten !). Das ist eine ausschließliche Bewegung im Kopf und ohne jegliche Relevanz für die Praxis, wenn nicht zugleich ausgewiesen werden kann, was die nächsten selber angelegten praktischen politischen Schritte aus dieser oder jener Theorie sein sollen. Es bleibt das alte Problem: `Organisation von anderen oder Selbstorganisation. aller selbttätigen Individuen. Dazwischen gibt es nichts . Mir würde es zwar auch machesmal besser paßen, von einer bequemen Zuschauertribüne aus, diese oder jene Kämpfe und okomischen Entwicklungslinien zusammenzusummieren, für gut oder für schlecht zu befinden und daraus als kluger intelektueller Kopf anderen vorszuschlagen, was sie tun oder zu lassen haben. Wenn ich nach ein paar Jahren feststelle , daß ich mich geirrt habe, macht auch nichts, dann gibt`s halt ne neue Theorie. Diese Karrikatur von einer hierachischen Politikvorstellung müssen wir als radikale Linke gerade in unseren Organisationsstrukturen überwinden, weil sie genau die Formen von brutaler Effizienz und Arbeitsteilungsnormierung der kapitalistischen Gesellschaft reproduzieren und diese nicht in ihrem eigenen Verhalten bereits anfängt zu überwinden. Ich fürchte jedoch, daß das die vielen in der "Wissenschaft des Marxismus - Leninismus" geschulten Partei und sonstigen Verbandsgründer aus dem Umkreis der radikalen Linken nie verstehen bezw ernst nehmen werden. Für sie ist soetwas allenfalls ganz netter und naiver "utopischer Sozialismus" mit `nem Schuß von anarchistischer Rätebildung. Sei`s drum: Es sollte für uns Autonome keinen Grund dazu geben, diese wichtigen Momente in unserer eigenen Organisierung zu vergessen oder zur Seite drängen zu lassen.

Wo soll die Reise hingehen ?

Wir Autonome wären schlecht beraten, wenn wir jetzt in dem ganzen Sog der Radiaklen Papiertigerlinken" anfangen würden uns auf einen Organiserungswettlauf einzulassen. Da bekommen wir`s mit Leuten zu tun, die in ihrem Leben schon mehr Parteien, Zirkel, und Kommitees gegründet haben, als wir jemals Steine in die Scheiben von Banken haben werfen können Bleibt aber an uns trotzdem die Frage gestellt: Hingehen zum großen Kongreß der radikalen Ppaiertigerlinken im Frühjahr oder nicht ?
Die ehemaligen "Commandantes aus KB, Grünen und DKP" werben schon eifrig unter uns die Werbetrommel, weil sie für ihr Projekt ein größeres Fußvolk brauchen. Und wer könnte das anderes sein, als die tausende von unbeugsam bewegten Autonomen aus den letzten Jahren, die in einer Reihe von Städten miltlerweile die stärkste außerparlamentarische Kraft der Linken darstellen. Da fügt es sich denn , daß auch der KB anfängt den Autonomen mit Artikeln im "Arbeiterkampf" ein wenig den Bauch zu pinseln. . Es wäre ja auch auch zu merkwürdig wenn sich bei dem von der radikalen Papiertigerlinken an die bürgerliche öffentlichkeit ausgesendeten Signal, "Wir organisieren mal wieder andere !" heraustellen würde, daß niemand anderes zu ihrem Kongreß im Mai 1990 nach Frankfurt käme als eben sie selbst. Spätestens für den 3o Sekunden Spot in der abendlichen Tagesschau möchte man dann doch schon ganz gerne, das die Kamera vom Podium mit den berühmten Denkern und Politikern einen kleinen Schwenk in das prall gefüllte Auditorium mit aufmerksam und andächtig lauschenden Linskradikalen machen kann. Die radiakle Ppaiertigerlinke will schließlich nicht nur Inhalte sondern auch Leute vertreten.
Sei`s drum. Ich werd` mich wahrscheinlich als neugierig gaffender Konsument an diesem Kongreß beteiligen, auch deshalb weil der Unterhaltungswert der ganzen Veranstaltung hoch sein wird. Was z.B. Herman Gremliza so zur DDR sagt ist meistens gar nicht so dumm und regt auch mich öfters zum Nachdenken an. Gleiches gilt auch für ein paar andere Fragen, die im Umkreis der radikalen Papiertigerlinken ventiliert werden. Es existieren eine Unzahl von interesaanten Fragen über die ich nur eine geringe Ahnung verfüge und zu denen ich zumeist auch keine augefeilte Meinung besitze. Warum sollte ich nicht jemanden gerne zuhören können , der in bestimmten Problembereichen klüger ist als ich. Das hat allerdings mit den politischen Ansprüchen im Umkreis der radiaklen Papiertigerlinken nichts zu tun. Die Commandantes aus "Links- Grüne, KB, DKP, VSP, und so dies und das " sollen ohne uns ihren Verband gründen, Kongreße durchführen und überall Podiumsdiskussionen machen. Wir sollten uns staattdessen überlegen, wie wir abgeschottet vom ganzen bürgerlichen Medienrummel "autonom" dort weiter machen können , wo wir bislang erfolgreich (Hafen, IWF Kampagne, Kreuzberg) aufgehört haben.

Dont`see you at the Podiumsdiskussion, let`s have a nice party all over the barriaccads for the revolution !

Geronimo



FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentinnenausschuß (AStA)

PROWO

Zeitung für die Westberliner Linke

Freie Universität Berlin
(ASTA), Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33

Westberlin, den 26.10.1989

Liebe GenossInnen,

bei dem zweiten großen Treffen "'Radikale Linke' und Westberlin" am 21.10.1989 ist es uns diesmal gelungen, mehr als nur einen neuen Termin zu vereinbaren. Beschlossen wurde, die Diskussion außer in den großen Treffen auch in Arbeitsgruppen fortzusetzen.

Vorgeschlagen wurden am Sonnabend Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

-- linke Geschichte / Marxismus-Rezeption
-- Repression / Antirepression
-- Arbeitskampf um Erwerbsarbeitszeitverkürzung ("35-Stunden-Woche")
-- Mieten / Wohnen / Besetzungen
-- EG-Binnenmarkt / BRD-Imperialismus
-- Klassenstruktur / Produktivkraftentwicklung / revolutionäres Subjekt.

PROWO hat in seiner gestrigen Redaktionssitzung beschlossen, außerdem eine Arbeitsgruppe zum Thema Marxismus/Feminismus vorzuschlagen. Wir halten es darüberhinaus für notwendig, die jeweiligen feministischen Ansätze zu den Themen der anderen Arbeitsgruppen bei der Ausarbeitung deren genauer Themenstellung an zentraler Stelle zu berücksichtigen.

Am Sonnabend wurde vorgeschlagen, alle Arbeitsgruppen unter folgendes Oberthema zu stellen: gesellschaftliche Relevanz / Irrelevanz der radikalen Linken; Fehler- und Geschichtsaufarbeitung; Bruch und Kontinuität in der Politik der verschiedenen Gruppen der radikalen Linken in der BRD und Westberlin.

Am 18.11.1989 soll ein weiteres großes Treffen stattfinden, auf dem über die nähere Ausgestaltung der Arbeitsgruppen sowie des Oberthemas diskutiert werden soll. Außerdem können natürlich weitere Arbeitsgruppen angeboten werden.

Papiere mit Vorschlägen zur näheren Ausgestaltung der bereits vorgeschlagenen Arbeitsgruppen sowie Vorschlägen für weitere Arbeitsgruppen können an PROWO, Gneisenaustr. 2a, 1/61, Tel. 6 94 15 16 oder den ASTA-FU, Kiebitzweg 23, 1/33, Tel 8 31 40 08 geschickt werden. Papiere, die bis zum 06.11.1989 eingehen, werden ca. 1 1/2 Wochen vor dem nächsten Treffen zusammen mit der Einladung verschickt.

Über PROWO und den ASTA-FU könnt Ihr auch Kontakt zu den Leuten aufnehmen, die o.g. Arbeitsgruppen vorgeschlagen haben. Wir halten es für wichtig, daß die Konzeptpapier für die Arbeitsgruppen nicht nur von denjenigen ausgearbeitet werden, die Arbeitsgruppen vorgeschlagen haben, sondern daß auch die Erarbeitung dieser Papiere bereits strömungsübergreifend erfolgt.

Mit revolutionären Grüßen

Westberlin, den 26.10.1989

Liebe GenossInnen,

wie Ihr beiliegendem Schreiben entnehmen könnt, wurde auf dem Treffen "'Radikale Linke' und Westberlin" am 21.10.1989 u.a. beschlossen, eine Arbeitsgruppe zum Thema Erwerbsarbeitszeitverkürzung/Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche einzurichten.

Auf dem nächsten großen Treffen am 18.11.1989 soll über die nähere Ausgestaltung aller vorgeschlagenen Arbeitsgruppen diskutiert werden.

Ich lade Euch hiermit
für Mittwoch,
den 01.11.1989,
ab 18.00 Uhr
in den ASTA-FU,
Kiebitzweg 23
in 1000 Westberlin 33
ein, um ein solches Konzeptpapier für die o.g. Arbeitsgruppe zu erarbeiten.

In der Anlage füge ich noch einmal die entsprechenden Ausschnitte aus den bisher von PROWO und ASTA-FU vorgelegten Papiere bei.

Mit revolutionären Grüßen

Kontakt: Detlef Schulze, Rieppelstr. 15, 1/13, Tel. 3 81 19 32.

INFOS AUS DEM TEGELER KNAST

AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG
FÜR IN & AUSLÄNDISCHE GEFANGENE
DER TEILANSTALT III DER JUSTITZVOLLZUGSANSTALT
-TEGEL-
Ansprechpartner:Hans-Joachim Zwinck
Seidelstr.39/TA III
D-1000 Berlin 27

Berlin den,25.10.89

O F F E N R B R I E F

Interim
Gneisenaustr.2a
1000Berlin 61

Hallo Leute von Interim,

leider müssen wir,die AUTONOME INTRESSENVERTRETUNG,euch mitteilen das unser mitarbeiter und initiator der AI nun schon zum zweiten male dazu gezwungen werden soll die arbeit in der AI zu beenden und zudem selbige Arbeit als ILLEGAL darzustellen. Die Teilanstaltsleitung,vertreten durch Herrn Müller,ließ dem mitgefangenen Wolfgang Rybinski ein Schriftstück zukommen in dem Herrn Rybinski eröffnet wurde das er ab datum 24.10 einer verschärften Postkontrolle unterliegt.Die begründung für diese Maßnahme war die Veröffentlichung der offenen Briefe in den Nummern 73+74 eurer Zeitung.Es wurde als Beleidigend angesehen das Worte wie "VERWAHRLOSVOLLZUG"und"FASCHISTISCHE METHODEN"verwand wurden.
Da wir mit einer solchen Situation schon vorher gerechnet haben gibt wolfgang Rybinski nunmehr die Position des Ansprechpartners an mich,H.-J.Zwinck,weiter.Dies werden wir,die AI, solange weiterführen,bis die Anstaltsleitung die AUTONOME Interessenvertretung anerkennt!Da wir für die Interessen der Gefangenen eintreten und außerdem einen Sachlichen Dialog mit der Anstaltsleitung suchen sind wir ganz und gar nicht der Meinung das unsere Arbeit Illegal ist.Zudem kommt außerdem noch das es hier im Haus IIIkeine Arbeitsfähige Insassenvertretung gibt da die Anstaltsleitung dies zu verhindern wußte!Da wir aber der Meinung sind das der Dialog in Sachen Strafvollzug nicht abreißen darf sind wir nahezu gezwungen die Arbeit mit der Autonomen Interessenvertretung auf jeden fall fortzuführen.
Wir haben uns auch zu dem Entschluß durchgerungen das wir nunmehr Wörter wie"Verwahrlosvollzug"und"Faschistische Methoden" durch Desozialisation und Psychofolter ersetzen werden.
Gleich hier im anschluß möchten wir auf einen fall von unterdrückung durch Vollzugsbeamte aufmerksam machen.
Am 20.10.89 wollte der Gefangene Ahmad El-Khatib gegen 17,30 Uhr die AL Abgeordnete Renate Künast Telefonisch während seines Wöchentlichen Telefonates sprechen,der Beamte Schröder der zu dieser zeit Dienst auf der Station 3/4 im Hause5 hatte unterbrach dieses Gespräch willkürlich mit den Worten:Hier wird nicht mit Abgeordneten gesprochen!Wir finden ein solches verhalten ist Provokativ und Menschenverachtend und zielt auf herbeiführung offener Konfrontation ab mit der eventuelle Dialoge zunichte gemacht werden sollen!
Also Leute von INTERIM und auch alle anderen Berliner,helft mit bei der beseitigung der Mißstände in den Berliner Haftanstalten und der erhaltung des Dialogs zwischen den Gefangenen und der Justizverwaltung/Justizsenats!!!!!!!!

Mit freundlichen Grüßen. H.J. Zwinck

2.10.89 **BRIEF VON SUSANNE SCHÖF AN ANDREAS SEMISCH**

lieber andreas,

gerade habe ich deinen brief vom 14.9.89 erhalten und will dir direkt antworten.silvia ist vor über einem monat entlassen worden. deswegen antworte ich dir alleine.
ich bin am 6. 1o. wegen des verdachtes auf einen banküberfall 9 monate in haft ohne anklage und warte ab, was sich tut. falls ich freikomme, kann es sein, dass ich erstmal zurechtkommen muß draußen, aber diese auseinandersetzung um den hs will ich weiterführen. ich bin auch dabei eine neue ausführlichere stellungnahme zu schreiben, die dann hoffentlich besser verständlich ist. ich brauche da auch etwas zeit und ruhe für, auch zeit zur reflektion. die bullen hängen ja auch andauernd auf mir drauf wegen der ermittlungen, das ist jetzt übertrieben, ich versuche es in der stellungnahme zu erklären wie meine situation in der u-haft ist. du kennst das sicher. es gibt keine beweise und dann werden gutachten erstellt, man wird mehrfach zur ed geschleppt und wie bei mir zwangsweise zur zeugengegenüberstellung. wenn ich nicht entlassen werde, was sich wohl diese woche rausstellt, wird der bericht bald fertig sein, in dem ich dann auch auf einige deiner fragen eingehe. hast du den brief an uns nur an die swing geschrieben oder auch an uns? auch von thomas thoene wurde ein brief an mich rumgeschickt, den ich selber nicht erhalten habe. ich schicke auf jeden fall einen durchschlag dieses briefes auch an die 'swing', weil das als absender angegeben ist. ist denn deine antwort vom 14. 9. in der 'swing' veröffentlicht ?

was mich an deinem brief sehr freut, dass dir die auseinandersetzung wichtig ist. das war für mich das größte problem, dass von seiten von christa gar nicht mehr geantwortet wurde. denn ich bin der meinung, solange man noch redet, gibt es die möglichkeit dinge aufzuklären. an uns kamen so viele fragen, wie es uns (während des hs ging und danach und wir sagten oft, wir sind enttäuscht, was den meisten leuten nicht reichte. der offene brief war ein etwas spontaner ausdruck und deswegen wahrscheinlich nicht so gelungen. aber ich stehe zu allen widersprüchen und fragen, die ich darin ausdrücke.
das, was ich dir jetzt wieder so spontan als antwort schreibe, wird dich nicht viel weiterbringen, deswegen arbeite ich lieber an der stellungnahme, denn für mich selber ist wichtig die widersprüche auf den begriff zu bringen, wie du schreibst mit einem brei kann keiner was anfangen. da spielt auch rein, welche kriterien ich entwickele. die waren sicher bei mir noch nicht gefestigt als nach 5 wochen knast der hs anfing, ich meine bezüglich des knastkampfes.
mir wird oft denunziation vorgeworfen, dazu habe ich die frage, in wieweit die haftbedingungen der gefangenen in ossendorf bekannt sind. ich verstehe das auch in deinem brief nicht.
es wäre aufgabe der gefangenen der raf selber da was zu zu schreiben. ich habe es erst hier erfahren, dass die bedingungen der gef der raf weitgehenst dem "nvz" angepaßt sind. seit wann, weiß ich nicht. ich habe es so verstanden, dass es ergebnisse des letzten hs sind. ich schreibe es jetzt extra so, dass ich es so verstanden habe,* ich zitiere mal aus meinem haftstatut vom 18.1.89, unterzeichnet vom anstaltsleiter, in dem strengste isolation für mich angeordnet ist, die aber nur die ersten 14 tage durchgeführt wurde: " vorsorglich weise ich erneut daraufhin, dass frau schöf in demselben hafthaus wie die strafgefangene christa eckes, die eine zeitige freiheitsstrafe wegen mitglied-

*weil ich es nicht genau weiß

in einer terroristischen vereinigung verbüßt, untergebracht ist.
frau eckes kann innerhalb des hafthauses an gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen. selbst, wenn für frau schöf einzelhaft angeordnet wird, können rufkontakte zwischen ihr und der gefangenen eckes nicht unterbunden werden. um die trennung von der strafgefangenen eckes zu gewährleisten, käme hier nur eine verlegung von frau schöf in das hafthaus für erwachsene weibliche strafgefangene in betracht,. dies hätte jedoch zur folgedass sie die zuvor beschriebenenkontakte mit der in diesem hafthaus untergebrachten strafgefangenen adelheid schulz aufnehmen könnte."
gemeinschaftsveranstaltungen innerhalb des hafthauses gibt es fast nicht. es gab mal einen kochkurs und eine meditation, wo christa dann hätte dann dran teilnehmen können, das weiß ich aber nicht, aber es stimmt, dass sie an allen auf- und umschlußzeiten , an der küchenbenutzung und am gemeinschaftsduschen teilnehmen konnte, auch gemeinschaftshofgang. sie hatte trennung mit heidi, so konnte sie nicht an veranstaltungen außerhalb des hafthauses teilnehmen.
bei anderen gefangenen, die trennung haben, wird allerdings die möglichkeit gegeben abwechselnd am gottesdienst, zb, teilzunehmen. für mich gab es nach den ersten 14 tagen keine einschränkungen bezüglich der gemeinschaftsveranstaltungen.
ich bin allerdings nur ein paar mal zum gottesdienst gegangen, so weiß ich es nicht genau. aber nach dem hs war das so, aber seitdem können die gefangenen aus der raf auch daran teilnehmen.
für mich ist einzelzelle angeordnet, denke, dass das auch für christa so war und unsere post ging über eine sonderkontrolle, das ist auch jetzt noch so.
früher mußten die gef aus der raf alleine duschen, das mußte ich auch die ersten 14 tage, aber jetzt hatte christa das so beibehalten, weil sie es so wollte. warum ,? das weiß ich nicht, auch nicht, warum es ihr gestattet wurde, sonst darf niemand bei einschluß hier duschen.
das krumsiek - interview während des hs, ist insofern propaganda, weil er das alles unheimlich gut darstellt, mit der küche und so. die ist jetzt hier zb im keller, eine umgebaute bunkerzelle, und man darf immer nur zu 5 rein, aber das betrifft alle gefangenen.
auch sagte krumsiek, es gäbe im sommer 2 freistunden, das stimmt am wochenende nicht, da muß man die mehrheit zusammenkriegen.
wir haben uns auf krumsiek berufen, um die 2. freistunde am wochenende zu kriegen, da wurde gesagt, dass krumsiek das nicht bestimmt, sondern die anstalt und wir hätten auch kein recht auf aufschluß, das sei alles ohne gewähr. das hat krumsiek nicht erwähnt, als er die langen aufschlußzeiten hier erwähnte.
tasache ist also, dass christa mehr kontakt zu uns hätte aufbauen können, wenn sie es gewollt hätte. die ersten 14 tage des hs, habe ich mich auch einschliessen lassen, weil ich dachte, dass das glaubwürdiger war, das habe ich dann später gelassen, weil ich die diskussion mit den anderen gefangenen wollte, ich bin allerdings in keine zelle gegangen, in der was zu essen war.
warum christa sich während des hs einschliessen ließ, weiß ich nicht, sie hat auch mal in einem brief geschrieben, als wir sagten, sie sei die beziehung zu uns so distanziert angegangen, dass ihre priorität auf ihrem kollektiv liege. mittlerweile, sage ich, dass das dann eben so ist und ich zu viel erwartet habe. vielleicht liegt dann auch der fehler in der formulierung der hs erklärung in der gesagt wurde, zl für alle die darum kämpfen. das fasse ich dann auch als gleichberechtigt auf und ich will keine zl mit leuten, die zu mir dann nur halboffen sind.

das war auch meine angst vor kleingruppen. ich kenne das aus der wuppertaler aii-scene. wie es heute ist, weiß ich nicht. 84 gab es einige gruppen , so wirkte es zumindest auf mich, oder vielmehr wurde mir das in einer diskussion gesagt von einem genossen, er habe seine gruppe, wolle nur ab und zu mit mir diskutieren, worauf ich sehr enttäuscht war und diese diskussion ablehnte, weil es für mich zu dem menschen offen ist, was daraus entsteht. warum soll es sich nicht zu einem zusammenkommen entwickeln können ? so eine ebene lehne ich ab weil sie auf ausnutzen beruhen muß. sozusagen, es ist ganz interressant sich mit dir zu treffen, aber eine zusammenarbeit läuft woanders, oder eine trennung in privat und politische arbeit. was weiß ich, ich muß schließlich selber wissen wie ich mir einen gemeinsamen kampf vorstelle.
meiner meinung nach muß ein ziel eines kollektivs die erweiterung sein. du schreibst ja auch, niemand dürfe sich als objekt behandeln lassen. insofern war es ja korrekt von dem oben erwähnten menschen, dass er sagte, dass er die diskussion mit mir in grenzen halten wolle, so konnte ich mich dann entscheiden. er hat es zwar nicht von vornerein gesagt, aber immerhin.
also ich finde, dass in der hs-erklärung eine offenheit proklammiert wurde, die dann so doch nicht das ziel aller war.
vielleicht meine ich einfach nur, dass die verhältnisse klar abgestimmt werden müssen. deswegen die fragen: war es nun ein hs der gef der raf, oder aller, die um die zl kämpfen, konnte jeder selber bestimmen, ob er sich der kette anschließt oder wer bestimmt das; heidi meinte ja, silvia und ich gehörten natürlich nicht in die kette. ich denke auch die frage, wer wie verhandelt hat und mit welchem ergebnis ist legitim oder nicht? dass verhandelt wurde, ist doch klar. ich kann mir keine gründe vorstellen, die dagegen sprechen, die verhandlungsergebnisse und den verlauf öffentlich zu machen. das ist doch auch wichtig, um zu einer gemeinsamen einschätzung zu kommen und gegebenenfalls daraus zu lernen.
man hätte ja auch den hs abbrechen können und sagen, wenn nicht für alle eine besserung rauskommt, nehmen wir gar nichts oder zuerst mal müssen die haftunfähigen frei. also, wenn das angekündigte ziel nicht erreicht wird, hätte man überlegen können, was am wichtigsten ist. so fände ich es zb richtig, zuerst mal alle auf den gleichen stand zu bringen wie "nvz" bedingungen für alle. da fällt mir ein, dass zb gesagt wurde, auch von krumsiek, in nrw gäbe es keine isolation, was wirklich eine lüge ist, in bochum und düsseldorf die gefangenen sind immer noch isoliert, so weit ich weiß. also da könnte man sich jetzt auch drauf berufen, was der gesagt hat. ich weiß allerdings nicht, ob alle gefangenen überhaupt in den "nvz" wollen. ich meine, dass sie vielleicht sagen, wir wollen die zl mit genossen und eher gehen wir nicht in den "nvz".
ich kann mir auch vorstellen, dass es in der situation schwer war, entscheidungen zu treffen, aber das könnte man ja noch mal versuchen zu schildern wie es dazu kam, die kleingruppen anzunehmen.
ich hatte noch ein kurzes gespräch christa, da war schon abgebrochen. wir hatten nicht viel zeit und es wurde bewacht. sie sagte, das ergebnis sei die kleingruppe in köln, die auf 6 erweitert würde. und ich glaube, eventuel noch lübeck, das weiß ich nicht mehr, aber köln war sicher. alles andere sei unklar. ich hatte da auch zu der zeit keine widersprüche zu abzubrechen, weil ich alles sehr verworren fand und meine meinung war, erstmal abzubrechen und neu zu überlegen. ich weiß nicht, ob es

nicht aber trotzdem mein recht ist, kritik zu üben. zb auch selbstkritik, ich hätte ja auch weiter machen können, um die eigenen forderungen durchzusetzen. zb war hans, der mit mir festgenommen wurde, noch in isolationshaft, ohne eigene kleidung usw.
ich hatte mir überlegt, erstmal aufzuhören, um überlegen zu können und dann eventuell mit ihm bald wieder anzufangen.
wir hatten auch die forderung des wöchentlichen treffens zwischen uns. er hörte einen tag später auf, auch um zu überlegen.
dann änderten sich seine bedingungen, so dass er gemeinschaftshof hatte und eigene kleidung haben durfte. auch konnte er ab und zu mit christian kluth auf den hof und dann täglich. ich weiß nicht mehr genau, es gab nach und nach verbesserungen und am 22.6. wurde er entlassen. meine u-haft wurde vom olg-hamm verlängert um 3 monate. er darf mich nicht besuchen, aber schreiben.
ich überlege jetzt auch weiter, mich gegen die willkürliche verlängerung der u-haft zu wehren und eine besuchserlaubnis für hans zu erkämpfen, mal sehen. so ein hs kostet aber kraft und ich will ja auch diese auseinandersetzung zu ende führen.
auch eine besuchszusammenführung mit stefan wisniewski wird verzögert. genauso mit claus goldenbaum.

mir fällt noch zu den haftbedingungen ein, dass jetzt hier 2 genossinnen aus der pkk sind, deren prozeß am 24.10. in düsseldorf beim olg anfängt. ihre bedingungen sind sehr verschärft. obwohl auf einem flur werden sie getrennt, dh eine über den anderen tag ist jeweils eine eingeschlossen.
wenn die eine aufschluß hat und sie will in ihre zelle, wird sie vorher kontrolliert und dann eingeschlossen, wenn sie raus will wird sie wieder kontrolliert und die zelle wird abgeschlossen.
sie können am gemeinschaftshofgang teilnehmen und tuen dies aber nicht zusammen. wenn sie am fenster versuchen zusammen zu sprechen, wird das meistens unterbunden.
nur damit kein mißverständnis auftritt, die bedingungen sind nicht für alle politischen gefangenen hier in ossendorf gleich.
warum bei mir nach 14 tagen die strenge isolation aufhörte dafür erhielt ich keine begründung genauso wenig wie für die isolation. ich bin keine 129 a gefangene. es gibt aber zum teil eine ähnliche behandlung wie bewachung durch das lka bei besuchen, was jetzt bei verwandten aufgehoben wurde.
ich wurde mit hans aufgrund eines hinweises festgenommen, der besagte "dass 2 staatsfeinde aus dem linksrevolutionären umfeld im schwimmbad in duisburg-neudorf seien", das sollten wir sein und dann fingen uns die bullen ab.
nach 14 tagen kam die kripo bochum mit der behauptung, wir hätten einen banküberfall begannen und jetzt sitze ich hier aufgrund von zeugenaussagen, denen wir vorgeführt wurden und die eine ähnlichkeit festgestellt haben wollen. vielleicht weißt du das auch alles schon.
von dir weiß ich auch schon einiges aus der zeitung und ich kenne deine hs erklärung, woraufhin ich dir schon mal schreiben wollte, weil ich darin einige ansatzpunkte sehe.
dass du ein kind hast, wußte ich nicht. bei silvia ließ das jugendamt durch eine sozialarbeiterin während des hs mitteilen, dass man überlege, ihr das aufenthaltsbestimmungsrecht und das sorgerecht wegnehmen . dabei wurde auch erwähnt, dass sie als raf-sympatisantin gelte und das negativ für sie sei.
eine frau vom jugendamt kam während des hs, um sich einen eindruck von ihr zu verschaffen. sie brach auf jedenfall aus angst, ihre tochter zu verlieren den hs ab. zu dem zeitpunkt hatte christa auch schon den brief geschrieben an mich, indem sie mir sagte, ich hätte die verantwortung, silvia zu sagen, dass sie den hs abbrechen solle, da sie das nach meinung christas nicht

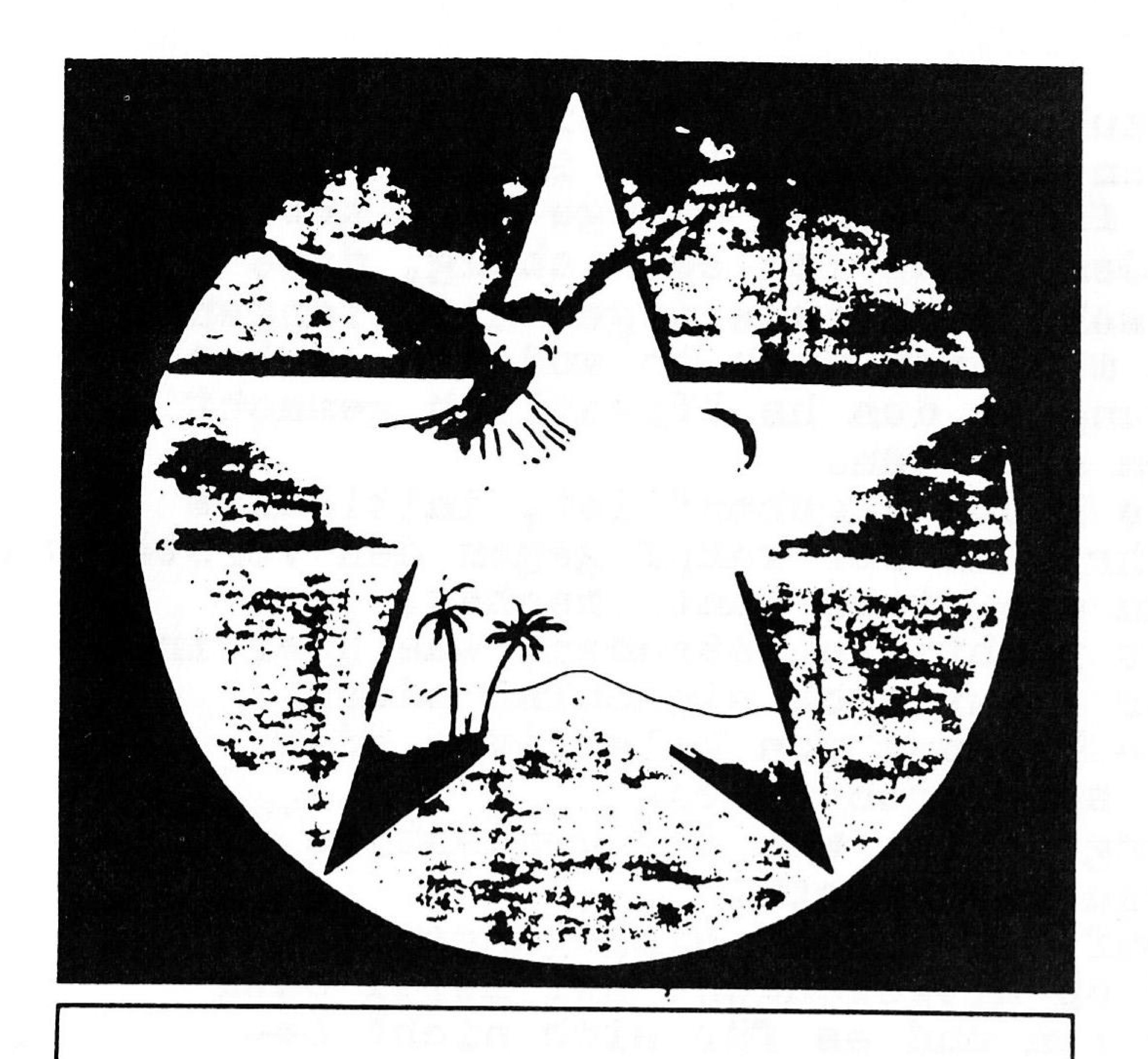
durchhalten würde. - ich werde jetzt mal absätze aus diesem
brief zitieren, den ich zwar schon an einzelne genossen verschickte, den wir aber nicht veröffentlichten. überhaupt müßte
ich den ganzen schriftverkehr öffentlichmachen und noch mal den
genauen verlauf schildern. ich bin ja wie gesagt dabei, das
zu bearbeiten. ich bin auch sehr froh über die genauigkeit
deines briefes, so verstehe ich wenigstens, warum oft gesagt
wird der brief sei denunziatorisch, zb an dem punkt mit dem
"neuen".

"mehr sorgen mache ich mir um silvia. ich fürchte, du ziehst
sie irgendwohin, wovon sie noch gar nicht begreifen kann, was
das ist bzw bin ich mir sicher. du darfst auch die spezielle situation im knast nicht außer acht lassen, wo ich schon
mehrere gefangene erlebt habe, die als sie zb heidi oder mich
oder uns beide erlebt haben, was von dem anderen/neuen
spüren, ohne es zu begreifen, also im sinn von für sich selbst ticken,
was es in der substanz ist.." (zitat brief christa 1.4.89)
wir haben christa auf diesen brief unsere meinung zum kampf
geschrieben und meiner ansicht nach war es eine kontroverse.
christa schrieb aber, ich solle keine kontroverse sehen, wo keine
wäre. ich denke korrekter weise müsste ich jetzt den ganzen briefverkehr veröffentlichen. ich überlege dadran wie ich das mache.
von der struktur her kenne ich dass aber von draußen. mir wurde
auch oft von aii gesagt, ich "wär noch nicht soweit" und man legte
mich auf meine spezifischen strukturen fest. allerdings auch
leute, die mich gar nicht kennen. bis ich auf diese psychokreisläufe keine lust mehr habe und dachte, da bist du falsch,
weil was ich mir überlegt hatte an initiative oder diskussionsansätzen, wurde nicht beachtet. ich meine nur, mir ist diese
herangehensweise nicht neu und ich finde sie falsch. jeder weiß
selber, warum er kämpft und wenn man schwach wird, hilft man sich ,
aber diese ängstlichkeit teile ich nicht. außerdem schätze ich
hier einige "soziale" gefangene was ihren kampf angeht
wenn sie ihn auch erstmal, zb als kinder in heimen alleine führen
mußten. liegt das nicht auch an der schwäche der politischen
bewegung, dass soviele alleine kämpfen müssen ? also auch nach
dem knast in die alten kreisläufe geraten? also ich denke,
dass christa ein oben/unten gegenüber silvia produziert, was
wirklich nicht gerechtfertigt ist. silvia oder jemand mit ihrer
geschichte, um es nicht zu sehr an personen festzumachen, hat
meiner ansicht nach einiges begriffen, wo jemand aus der politischen
scene nicht mit in berührung kam. da sollte man die chance
nutzen von einander zu lernen.
da komme ich auf ein allgemeines problem der linken, die
isolation . wenn nicht bald eine verbindung mit dem proletariat
passiert, passiert genau das, was vor dem 2. weltkrieg passierte.
man überläßt das feld den rechten und die linken wandern in
die modernen kz's. da nützen auch schöne worte nichts, meiner
meinung nach sieht es schlecht aus mit der revolutionären linken.
das ist auch der oder ein hintergrund meiner frage: was wollt ihr
mit der zl? es war die auseinandersetzung angekündigt für eine
neubestimmung, so habe ich das verstanden.
wie soll das jetzt gehen, wenn man so lange an der aufarbeitung des
hs sitzt ? wieso dauert auch diese aufarbeitung so lange ?
da komme ich wieder dazu, dass ich konzentriert meinen teil abschließen sollte und die stellungnahme schreiben, das sollte
jeder machen. wie er das ergebnis findet und was er sich weitervorstellt.
ich hatte ja den vorschlag entwickelt, kollektive im ganzen knast

zu bilden und dafür kriterien zu entwickeln. in einem u-haft
haus ist das nicht einfach wegen der fluktation. ich bin ja jetzt
alleine hier vom kollektiv bei fior. es gab einige streitereien
und einige entlassungen. trotzdem finde ich es richtig, dass
wir es versucht haben und ich sehe auch zu einigen mitgefangenen
jetzt wieder ansätze- aber ich muß eins nach dem anderen machen
und da ich die auseinandersetzung um den hs öffentlich gemacht
habe, muß ich da zuerst mal dran arbeiten.
was ich u.a. meine mit "auf die leute zugehen" ist, initiative
zu fördern. so ist für mich sehr wohl der kampf gegen den verstärkten
einschluß hier wichtig, weil du das etwas runtermachst.
du hast es wahrscheinlich nicht richtig verstanden, was hier in
ossendorf geplant ist, und zwar - nur noch einschluß oder
umschluß- das würde zb auch die bildung von kolektiven oder
überhaupt gemeinsame ansätze sehr erschweren.
also mußt du das im zusammenhang sehen: was ist geplant in den
knästen u um eine entwicklung zu verhindern?
jetzt bin ich gar nicht mehr auf das "neue" eingegangen.
ich kann das nicht beurteilen, ob mitgefangene bei heidi oder
christa etwas von dem neuen spüren und es für sich nicht be-
greifen. das ist für mich auch ein widerspruch in sich.
was neues wäre es für mich, wenn sie es begreifen und was über-
haupt ? und warum begreifen sie es nicht?
mich fragen zb jetzt die gefangenen, "was machst du den ganzen
tag in deiner hütte , was schreibst du denn ?" das ist ja
wirklich schwer zu erklären, gerade dieses komplizierte thema.
aber ansonsten gebe ich schon zeitungen weiter wie die "interim"
und da ist bei einigen viel interesse und sie fragen, ob sie die
auch haben können und ob ich die bezahlen muß und so weiter.
manche fangen hier auch an zu schreiben über die situation
hier, einige fangen ein buch an, weil sie denken, was hier ge-
schieht darf nicht verborgen bleiben.
ich meine, dass politische gefangene vielleicht nicht als was
"neues", sondern manchmal als was merkwürdiges betrachtet werden,
nicht negativ, aber einfach durch das viele tippen und die vielen
zeitungen und besuche und blumen und meistens geld auf dem
konto ohne zu arbeiten und so viel post. - das ist doch schon
eine ausnahme. und auch irgendwie was besondereres oder nicht ?
auch habe ich erlebt, dass manche wirklich hochgucken, weil
man vielleicht mit der situation insgesamt besser zurechtkommt,
da man sich beschäftigen kann. oder weil man besser formulieren
kann oder die schließer mehr 'respekt' vor einem haben, zumindest
manche. so finde ich das zumindest in ossendorf. aber ossendorf
ist ein psychoknast. hans in bochum ist zb öfter von den schließern
geschlagen worden oder schläge wurde angedroht, da kann man wohl
nicht von 'respekt' reden. aber hier denke ich macht es
schon was aus, dass ich zb alles nach draußen schreibe, die
ganzen schikanen.
ich schicke diesen brief ab und ich hoffe, es wird mir nicht übel
genommen, dass er spontan geschrieben ist, dein brief hat mich
dazu angeregt. wenn du deinen brief veröffentlicht hast und
du der meinung bist, dieser könnte was aufklären, kannst du ihn
meinetwegen auch veröffentlichen. für mich ist eine auseinandersetzun
auch wichtig, wo ich meine gedanken spontan äußern kann, sonst
dreht sich alles im kreis bis ich denke, so ist es jetzt
verständlich. durch die auseinandersetzung verstehe ich dann
schneller, warum es nicht verständlich ist. ich kriege auch briefe,
da verstehen genossen uns sehr gut, weil sie ähnliche erfahrungen
gemacht haben. dann kriege ich briefe, die alles nur denunziation
finden und ich das gefühl habe, es gibt kein bemühen den kern
des konflikts zu verstehen. - ich würde mich freuen, wenn der
brief dich erreicht und wenn du ihn bestätigst

ciao Susi

grüße und viel kraft für dich



24. Oktober 1989

Hunger- und Durststreik in Mannheim

Seit dem 10. Oktober 1989 befindet sich Roland Schwarzenberger im Hungerstreik. Wie schon im letzten Info berichtet, kämpft Roland mit diesem Streik für die "sofortige Verlegung in eine andere Anstalt (Heimatnähe) - außer Freiburg" und die "Überweisung in eine Klinik oder ein Vollzugskrankenhaus".

Am 20. Oktober trat Roland zusätzlich in den Durststreik, da seine gesundheitliche Situation eine qualifizierte ärztliche Versorgung unumgänglich macht. Roland leidet infolge des Knasts unter Haarausfall und Nierenbeschwerden (Blut im Urin), hat ein Magengeschwür und einen Leberschaden. Wegen einer teilweisen Lähmung des rechten Arms wird ihm bis heute eine diesbezügliche Untersuchung verweigert. Am 19. Oktober wurde ihm eine 'Klinikausführung' zur Durchführung einer Magenspiegelung 'angeboten' - in Hand- und Fußfesseln! Roland lehnte es ab, "wie ein wildes Tier abgeschleppt zu werden - entweder bin ich Patient oder ein Tier."

Konkret rechnet Roland derzeit ständig mit einer drohenden Zwangspsychiatrisierung, einer Verlegung auf die berüchtigte "Psyche I" des Hohenasperg, als Reaktion auf seinen Hunger- und Durststreik.

Das "Verlegungskarussell" dreht sich

Das baden-württembergische Justizministerium plant eine Verlegung des in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Gefangenen Thomas Brunner in einen Berliner Knast. Eine diesbezügliche Anfrage des Justizministeriums liegt derzeit der Berliner Behörde zur Entscheidung vor.

Schon seit geraumer Zeit drängt der Leiter der JVA Bruchsal Preusker auf die Einrichtung eines "Verlegungskarussells". Laut Preusker gibt es in der BRD etwa achthundert Gefangene, die eine "hohe logistische Basis" im Knast haben und die Gefangenschaft nicht akzeptieren. Offiziell sind davon drei- bis vierhundert Gefangene bekannt, die Gesamtzahl beruht auf Schätzungen. Um den Willen und die Entschlossenheit dieser Gefangenen zu brechen sind, so Preusker, Sicherheitsknäste und Trakte nicht ausreichend. Vielmehr seien "Maßnahmen erforderlich, mit denen es gelingt die logistische Basis der Gefangenen zu zerstören, beziehungsweise ihr Entstehen zu verhindern. Eine solche Maßnahme wäre die häufige Verlegung der gefährlichen Gefangenen in eine ihnen möglichst unbekannte Anstalt."

Bislang mußten solche Verlegungen, die darauf abzielen Beziehungen und Kontakte der Gefangenen zu zerstören, konkret begründet werden, beispielsweise über eine gelungene Flucht. Preusker bemängelt dies und will die langen bürokratischen Wege, die eine Verlegung erschweren, vom Tisch haben. Sein Ziel ist, daß die knapp dreißig Sicherheitsknäste, die seiner Meinung nach für diese Gefangenen in Frage kommen, untereinander einen Konsens finden, unter dem die Verschleppungen rasch und unbürokratisch durchzuführen sind.

Am 8. September beantragte das baden-württembergische Justizministerium beim Land Berlin die Übernahme des Gefangenen Thomas Brunner. Thomas ist seit 1981 gefangen. Die meiste Zeit saß er im Bruchsaler Knast. Von dort ist er 1985 und 1987 ausgebrochen. Im Dezember 1988 wurde er in einer Blitzaktion nach Stuttgart-Stammheim verlegt, wo er nun seit April 1989 im Erdgeschoß in Isolation sitzt. Begründet wird dies mit der "äußerst hohen Gefährlichkeit des Gefangenen". Außerdem sei "aufgrund der vielen Briefkontakte des Gefangenen Brunner zu verschiedensten anderen Gefangenen festzustellen, daß er in bedenklicher Weise um Festigung seiner Widerstandshaltung bemüht ist." So das Justizministerium am 9. Oktober 1989.

Der letzte Punkt scheint sie dabei am meisten zu treffen. Trotz monatelanger Isolation und Haftverschärfung in allen Bereichen (kein Radio, kein Umschluß, wochenlanges Zurückhalten von Briefen zur Zensur, ...) hat Thomas seinen Kampfgeist, seine Lebendigkeit und seine Beharrlichkeit



nicht verloren. Er hat zahlreiche Kontakte, schreibt sich mit vielen Leuten und geht an die "Öffentlichkeit" (Initiativen, Zeitungen usw.). Er ist von daher im süddeutschen Raum kein Unbekannter.

Das wollen sie mit einer Verlegung zerstören. Diese Verschleppung wäre ein weiterer Schritt bei der Umsetzung des "Verlegungskarussells", von dem die Vollzugsstrategen träumen. Dieser Schritt zeichnet sich auch dadurch aus, daß in diesem Fall bereits auf die früher geforderte "konkrete Begründung" verzichtet wurde. Bislang ließ die Beantwortung derartiger Anfragen höchstens sechs bis acht Wochen auf sich warten, daher ist im Moment täglich mit einer Verschleppung zu rechnen.

EUROPA GEGEN SHELL

Vor einigen Tagen war im Westberliner Tagesspiegel einer knapper Dreizeiler zu lesen, nachdem eine größere Anzahl von Tankstellen beschädigt worden war. Wie so oft schlägt die Pressezensur besonders hart zu wenn es sich um Bedeutendes handelt. Bei der Aktion handelt es sich um die größte Europaweite koordinierte Sabotageaktion gegen den Multi SHELL.
Der folgende Text ist aus der niederländischen zeitung NN vom 16.Oktober 1989.

Einleitung
So sieht man sich wieder. Die eine Woche schreibt Ihr, daß die Aktionen gegen SHELL eigentlich nicht mehr so ziehen und prompt wird das Gegenteil bewiesen. In einer Nacht wird SHELL international angegriffen von Nord bis Süd Europa.
Der hervorragende Verlauf der Aktionen in den Niederlanden war die massenhafteteste bis jetzt. Nicht weniger als 31 Tankstellen wurden mit einem Besuch traktiert, die übrigen zehn tauchen auch bald auf. Eine kleine Übersicht:

Amsterdam (6)
Uitgeest (1)
Amstelveen (2)
Nijmegen (4)
Oosthuizen (1)
Uitrecht (3)
De Bilt (1)
Assen (2)
Haren (1)
Oirschot (1)
Zaandam (1)
Arnhem (2)
Heerhugowaard (2)
Apeldoorn (1)
Groningen (1)
Broek in Waterland (1)
Hilversum (1)
Zandvoort (1)

Es ist auffallend, daß die Medien immer weniger auf die Art Aktionen eingehen, die gegen SHELL stattfinden. Wie die Aktionen im Ausland verlaufen sind, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Uns ist bekannt, daß es in Spanien eine Tankstelle erwischt hat, daß muß die dann gewesen sein. SHELL scheint es übrigens sehr eilig zu haben in Spanien einzusteigen. Wir haben hier bei NN folgende Presseerklärung bekommen:

INTERNATIONALE AKTIONEN GEGEN SHELL

In der Nacht vom Sonntag dem 15. auf Montag dem 16.Oktober 1989 haben wir in zahllosen Orten in den folgenden Ländern Sabotageaktionen gegen den Multi SHELL ausgeführt:

In den Niederlanden an 41 Orten, in Dänemark, Schweden, Norwegen, BRD, Spanien, Baskenland und Italien.

Wir haben uns für die direkte Aktion entschlossen. Wir glauben nicht an die Grenzen dieser parlamentarischen Demokratie. Der Staat ist nirgends eine "neutrale" Instanz. Der Staat schafft fortwährend die Vorwände für eine Maximalisierung der Gewinne im Betriebsleben: Infrastruktur, Untergesellschaften, Steuervorteile, Untersuchungszentren (Universitäten!), usw und außerdem ein vollendeter Repressionsapparat.

Unsere Perspektive liegt nicht im Zuarbeiten des bestehenden Systems, sondern in der radikalen Veränderung, im Aufbrechen der Macht, die auf systematisher Ausbeutung aufbaut. Und diese Veränderungen kommen nicht von alleine...

In den vergangenen Jahren ist viel gegen SHELL passiert. Sabotageaktionen gegen Shellstationen. Aktionen gegen Großverbraucher. Aktionen gegen Vertriebsposten. Die Spektakel Blockade bei dem Technischen Labor von Shell. Die Weigerung von Universitäten Forschung für Geld zu betreiben. Die Weigerung Shell-Geldern gesponsort zu werden. Aktionen gegen die biotechnologischen Betriebe von Shell und immer wieder die kaputten Tankstellen.

Die Aktionen in den Niederlanden stehen nicht alleine. Die Kampagne gegen Shell ist weltweit. Boykottaktionen und Aktionen der Obrigkeit trieben Shell in den USA in die Enge. Shell versucht die Aktionen als isoliert darzustellen. Aktionen in Dänemark, Schweden, Norwegen, BRD und Italien werden in der Presse systematisch verschwiegen. Eine andere gebräuchliche Taktik von Shell, um auf den Widerstand zu reagieren ist eine Androhung des Rückzugs. Unlängst passierte es in Den Haag, wo die Gemeinde einführen wollte, andere Konzerne Shell vorzuziehen. Folglich müssen wir dafür sorgen, daß sie nirgendwo mehr hinkönnen!

In Westeuropa gibt es fast kein Land mehr, wo es noch keine Aktionen gegen SHELL gibt. Die verschiedensten Aktionen und Erklärungen zeigen, daß einen gemeinsamer Anti Apartheidkampf gegen den Multi SHELL in Europa möglich ist. Die Angst von SHELL, daß die Aktionen sich gegenseitig bestärken, ist berechtigt! Mit der Kraft dieser gemeinsamen internationalen Aktion durchbrechen wir ihr Stillschweigen.

Genau der gemeinsame Charakter dieser Aktionsnacht bietet die Perspektive, um den Kampf gegen SHELL erfolgreich durchzuführen.

BOYKOTTIERT APARTHEID

1986 sorgte der massenhaft Volksaufstand in den Townships Südafrikas dafür, daß die blutigen Taten des Apartheid Staates für einen Moment international nicht mehr zu verschweigen waren. Der Druck auf die westlichen Regierungen, die Geschäfte mit dem südafrikanischen Regime zu beenden wurden größer. Politiker reagierten mit besorgten Kommentaren über die Situation, allein Sanktionen gab es nicht.

Alle möglichen Entschuldigen wurden angeführt, um mit den Profiten der gewinnbringenden Apartheid weiterzumachen. Regierungen schoben die Verantwortung zu handeln von sich, indem sie behaupteten, daß nur Aktionen im Rahen der Europäischen Gemeinschaft sinnvoll wären, es folgten endlose durch die Herrschenden geförderte Untersuchungen, wie die besten Maßregelungen zu treffen seien. Es ist die Bereitschaft für einen Dialog mit dem Apartheidregime...

Die südafrikanische Regierung fühlt sich weiter legitimiert, dem schwarzen Widerstand mit Notstandsgesetzen, Pressezensur und durch von Armee, Polizei, Geheimdiensten und Eingreifkommandos durchgeführten rücksichtslosen Terror zu antworten. Heute 1989 ruft die schwarze Bevölkerung immer noch nach einem internationalen Boykott gegen das Apartheidregime.

Auf die letzten Wahlen und dem nach vorne schieben von de Klerk als sogenanntem Reformer wurde in Südafrika massenhaft reagiert u.a. mit dem größten Generalstreik in der südafrikanischen Ge-

schichte, mit Demonstrationen, bewaffnetem Kampf, verschiedenen Ationen und zivilem Ungehorsam. Unzählbar viele sind es, die in diesen Tagen festgenommen, verschwunden und ermordet wurden. Dennoch versucht der Westen de Klerk dafür zu benutzen, um mit den Profiten der Apartheid fortzufahren.

Anstatt über die Abschaffung der Apartheid zu reden, wird über eine "friedliche" Auflösung geblubbert. Purer Rassismus!

Und immernoch: Es ist das Leugnen der Tatsache, daß tagein, tagaus schwarzes Blut fließt, seit Jahrhunderten.

ES IST DIE ABSICHT DER MULTIS GEGENSÄTZLICHKEITEN ZU SCHAFFEN UND AUFRECHTZUHALTEN

Die enge Verbundenheit von SHELL und dem Apartheidregime in Südafrika ist kein Schönheitsfehler des Konzerns, der hingenommen werden muß, sondern das bekannte Vorbild des weltweiten Ausbeutungssystems, das in seiner Gesamtheit bekämpft werden muß.

Du siehst die schwarz/ weißen Gegensätzlichkeiten deutlich, auf der die rassistische Politik von SHELL basiert. Diese Politik, die davon ausgeht, daß jede Bevölkerungsgruppe eine eigene Aufgabe hat, ist an eine eigene Entlohnung gekoppelt und bedeutet für SHELL seit hundert Jahren eine brauchbare Unterteilung für ihre Betriebspolitik.

Dies gilt bis zum heutigen Tag auch für die Tätigkeiten des Konzerns. Eine preiswerte asiatische Mannschaft fährt auf dem Shell-Tanker. Ausländische Arbeitnehmer säubern die Tanks und machen ungelernte Arbeit. Geschulte weiße Arbeiter verrichten die Kontroll- und Reparaturarbeiten und die weiße Mittelklasse macht die Verwaltungsarbeit. Die Leitung in der Direktion übt über allem die Verbindungsmacht aus und macht von rassistischen Vorurteilen Gebrauch, die durch die Konzernstrukturen gefestigt werden; der Kreis schließt sich.

SHELL profitiert so von der Gegensätzlichkeit und erhält sie selbst aufrecht.

MACHT UND EINFLUSS VON MULTIS WIE SHELL BASIERT AUF DER DIFFERENZIERUNG, DIE ZU GEGENSÄTZLICHKEITEN GEMACHT WERDEN

Mögen viele Menschen inzwischen gegen Apartheid sein, (wobei du hinterfragen kannst in wieweit das auch einen tatkräftigen und konsequenten Antirassismus beinhaltet, Südafrika ist weit weg wenn Lubbers hier den Einwanderern die Schuld an der Arbeitslosigkeit gibt, es regt sich kein Sturm des Protestes, für einen der anderen Pfeiler, worauf die Ausbeutung von SHELL basiert, für die Mann/ Frau Gegensätzlichkeit, ist die Aufmerksamkeit minimal.

Es sind Betriebe wie Shell, die eine wichtige Rolle in der seit langem bestehenden Entwicklung spielen, wobei Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, weshalb ihre einzige Überlebensmöglichkeit die ist, ihre Arbeit zu verkaufen.

Für Männer, die ihre Arbeitskraft direkt an Konzerne wie SHELL verkaufen, bedeutet dies die Lohnabhängigkeit und die ständige Drohung der Entlassung und damit der Existenzgrundlage.

Für Frauen bedeutet dies, daß sie gezwungen werden, ihre Arbeitskraft indirekt zu verkaufen. Es bleibt keine andere Wahl als die Versorgungsarbeit in der Familie, ökonomische Abhängigkeit vom Mann und damit von SHELL (bzw Betrieben von SHELL).

Hierdurch wird die Erpressung zur Lohnarbeit sichtbar:

Wenn der Mann sich gegen die Bosse wehrt, bringt er damit die Existenzgrundlage seiner ganzen Familie in Gefahr, das bedeutet für SHELL ein be-Beherrschungsinstrument durch die Beschützung des Systems der Lohnarbeit.

Es ist dann auch kein Zufall, daß die Familie auf alle möglichen Weisen als die ideale Form des Zusammenlebens propagiert wird in einer Gesellschaft, die noch nicht durch die Familienmoral infiltriert ist.

Übrigens ist die Familienmoral auch im Westen nicht mehr als ein paar Jahrhunderte alt. Für die Frau bedeutet das die unbezahlte Heimarbeit. Ihre Arbeit steht im Verhältnis zur Familie. Tut sie die Arbeit nicht, dann geht das auf Kosten der Familie. Weil die Arbeit in Lohn gemessen wird, wird die Arbeit der Frau nicht gemessen und nicht anerkannt. Selbst wenn sie selbst als Lohnarbeiterin arbeitet, arbeitet sie "allein aber dazu", und damit wird die niedrige Bezahlung ihrer Arbeit legitimiert.

Auf diese Weise ist es möglich, daß der gesellschaftliche Wert eines ganzen Geschleches systematisch geleugnet wird. Diesen Raum gebraucht der Mann, um das gesellschaftliche Gebiet zu besetzen und ein Machtgebiet daraus zu machen. Dadurch daß die Arbeit der Frau im Haus stattfindet, wird sie von anderen Frauen mit derselben Arbeit isoliert. Die gesellschaftliche Isolierung von der Familie ist ein Faktor, wodurch die Ausbeutung der Frauen fortbestehen bleibt.

Mit der Vernichtung der eigenen Existenzgrundlage und der ursprünglichen Form des kollektiven Zusammenlebens zum Vorteil der produktion in Lohnarbeitsverhältnissen in der Familienstruktur legt das System die Basis für die eigene Reproduktion. Genau aus diesem Grund ist der Widerstand hiergegen von wesentlichem Belang und nicht weil die ursprüngliche Zusammenlebensform perse so ideal wäre. Der Kampf gegen die Ausbetungspraktiken von Multis wie SHELL kann hier nicht daran vorbeigehen.

BOYKOTTIERT SHELL !



Es ist zum verrückt werden, daß es in soviel Ländern an soviel Orten gelungen ist, SHELL gemeinsam anzugreifen. Das ist für uns der Inhalt des Begriffs Solidarität. Aus verschiedenen Positionen aber aus Verbundenheit heraus, für dasselbe zu kämpfen.

Wir haben diese Aktion für die in der Zeit der Wahlen in Südafrika am 6. September dieses Jahres ermordeten 23 schwarzen Aktivisten ausgeführt

BRECHT DIE MACHT VON SHELL WELTWEIT !

HUNGERSTREIK VON KÄMPFENDEN GEFANGENEN IN DEN USA

Weitgehend unbeachtet von der US-amerikanischen Öffentlichkeit und der US-Linken befinden sich seit drei Wochen 8 zum Tode verurteilte Gefangene im Hochsicherheitstrakt des Huntingdon-Knasts im Bundesstaat Pennsylvania im Hungerstreik für bessere Haftbedingungen. Einer der Gefangenen, der den HS initiiert hat, ist der schwarze Journalist und ehemalige Black Panther Mumia Abu-Jamal. Mumia ist z.Zt. der einzige politische Gefangene unter den 2.200 überwiegend schwarzen und Latino TodeskandidatInnen in den USA. Sein Fall ist ein Beispiel für die Verfolgung und Repression einer ganzen Generation von militanten, politischen schwarzen Frauen und Männern in den 70-ern und 80-ern durch das FBI und die US-Regierung.

Mumia wurde mit 16 Jahren Informationsminister der Black Panther Party (BPP) in Philadelphia. Nach der Zerschlagung der Panther durch ein spezielles FBI-Programm - das sog. COINTELPRO-Programm (counterinsurgency and intelligence program) , in dessen Rahmen führende Panther-AktivistInnen vom FBI ermordet oder für angebliche Bullenmorde in Schauprozessen für immer in den Knästen verschwanden - arbeitete Mumia als Journalist für schwarze Radiosender und Zeitungen in den USA. Durch seine klare politische Berichterstattung wurde er schnell zur Zielscheibe der Bullenrepression in Philadelphia. 1978 kam es in Philadelphia zur ersten Konfrontation zwischen der nationalistischen, Afrika-orientierten Organisation MOVE und den Bullen. Bei einem Schußwechsel wurde ein Bulle getötet. In dem anschließenden Prozeß wurden 10 MOVE-Frauen und Manner "wegen gemeinschaftlichen Bullenmordes" zu Knaststrafen zwischen 30 - 100 Jahren verurteilt. Alle 10 sitzen immer noch in den Knästen. Mumia hatte nach dem Zwischenfall nicht nur die offizielle Bullenversion berichtet, sondern war auch in den Knast gegangen und hatte dort mit den MOVE-Gefangenen gesprochen und anschließend ihre Darstellung des Vorfalls berichtet. Daraufhin bezeichnete der damalige Bürgermeister von Philadelphia seine Berichterstattung als "neue Ausgeburt des Journalismus, die um jeden Preis verhindert werden müsse."

Die Gelegenheit für die Herrschenden, Mumia zum Schweigen zu bringen, ergab sich ziemlich schnell. Im Dezember 1981 führten die Sicherheitskräfte in Philadelphia willkürliche Verhaftungen von Schwarzen mit Dreadlocks auf offener Straße durch. Mumia wurde Zeuge einer solchen Festnahme und mischte sich ein. Das nächste woran er sich erinnern kann ist, daß er mit einem lebensgefährlichen Bauchschuß auf dem

Bürgersteig saß und ein toter Bulle auf der Straße lag. Nachdem seine Personalien aufgenommen worden waren, stand für die Bullen fest, daß er für den tödlichen Schuß verantwortlich war.

Er wurde sofort verhaftet und noch im Krankenhaus verhört und gefoltert, so daß es 6 Monate dauerte, bis er vor Gericht gestellt werden konnte. Der Prozeß selber wurde zum totalen Schauprozeß umfunktioniert: Mumia selber wurde die meiste Zeit von der Verhandlung ausgeschlossen. Da er sich auch vor Gericht zu Panther-Slogans wie " Alle Macht dem Volk" und "Die politische Macht in den USA kommt aus den Gewehrläufen" bekannte und seine politische Überzeugung offensiv vertrat, behauptete der Staatsanwalt, daß Mumia seit seiner frühesten Jugend " ein potentieller Polizistenmörder" sei, der nur auf eine Gelegenheit gewartet habe, seine Überzeugung in Taten umzusetzen. Die Geschworenen - 11 weiße und ein schwarzer Geschworener - folgten der Argumentation des Staatsanwalts, obwohl bis heute weder die Tatwaffe noch ballistische Beweise für Mumias Täterschaft vorgelegt wurden. 1982 wurde er von den Geschworenen zum Tode verurteilt.

Seitdem sitzt er unter verschärften Isohaftbedingungen im Todestrakt in Huntingdon. Er ist für 22 Stunden am Tag in der Zelle eingeschlossen, Hofgang findet in einem speziellen Gitterkäfig im Knasthof statt und außer religösen und juristischen Büchern wird ihm jede andere Literatur verweigert.Alle Besuche, auch von AnwältInnen und Familienangehörigen, finden mit Trennscheibe statt,und die Besuchszeit ist auf 2 Stunden im Monat beschränkt. Zusätzlich zu den Isohaftbedingungen hat die Knastleitung seit 3 Jahren verschiedene Diziplinarmassnahmen gegen Mumia verhängt, weil er sich weigert, seine Dreadlocks abzuschneiden - ein weiterer Versuch der Bullen, seine politische Identität als African American zu brechen. Zu den "Disziplinarstrafen" zählt die Streichung von 2 monatlichen Telefongesprächen mit seiner Familie.

Im Mai 1989 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania seinen Antrag auf ein Berufungsverfahren zurückgewiesen. Damit sind Mumia's rechtliche Möglichkeiten auf bundesstaatlicher Ebene erschöpft. Seine Anwältin befürchtet, daß der Gouverneur von Pennsylvania - ein bekannter Befürworter der Todesstrafe - Mumias Hinrichtungsbefehl noch im November unterzeichnen wird. In den USA und in verschiedenen westeuropäischen Staaten läuft zur Zeit eine Öffentlichkeitskampagne zu Mumia,

um seine Hinrichtung zu verhindern und zumindest eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Mumia selbst ist trotz der Bullenrepression und Isohaft weiterhin politisch aktiv. Im Mai hat er zusammen mit 600 politischen und sozialen Gefangenen in den US-Knästen an einem Solidaritätshungerstreik für die Gefangenen aus RAF und Widerstand und die Gefangenen in Südafrika teilgenommen.

In den US-Knästen sind zur Zeit ca. 150 politische Gefangene und Kriegsgefangene aus den verschiedenen anti-imperialistischen Widerstands- und Befreiungsbewegungen - der Puerto Ricanischen Befreiungsbewegung (FALN und los Macheteros), dem American Indian Movement (AIM), der schwarzen Befreiungsbewegung, der mexikanischen Befreiungsbewegung, dem weißen anti-imper ialistischen Widerstand und den Plowshares, eine Gruppe militanter PazifistInnen.

Ca. 50 der politischen und Kriegsgefangenen kommen aus den verschiedenen Zusammenhängen des schwarzen Widerstands - den Black Panthers, New Afrikans, Black Liberation Army, MOVE und der Unabhängigkeitsbewegung für die Virgin Islands, eine von den USA besetzte und kolonialisierte Inselgruppe in der Karibik. Die meisten Panthers, u.a. Geronimo jaga i Pratt, Dhoruba Bin Wahad, sind schon Ende der 60-er/Anfang der 70-er aufgrund von Bullenkonstrukten in die Knäste gekommen und zu Haftstrafen von 30 Jahren aufwärts verurteilt worden. Die Panther hatten den Widerstand gegen Rassismus und Bullenrepression auf verschiedenen Ebenen geführt: Alphabetisierungskampagnen in den innerstädtischen Ghettos, Kindertagsstätten und Jugendzentren wurden von den Panthers organisiert, um autonome schwarze Strukturen aufzubauen. Gleichzeitig grenzten sie sich gegen die schwarze Bürgerrechtsbewegung der 50-er Jahre ab, indem sie öffentlich für die bewaffnete Verteidigung gegen Bullenrepression organisierten und die offiziellen "Integrationsmassnahmen" als Befriedungsstrategien der Herrschenden entlarvten. Nachdem die Panther zum "Staatsfeind Nr.1" erklärt worden waren, und daß FBI die legalen Strukturen der Panther ziemlich erfolgreich zerschlagen konnte, gründeten einige Panthers die Black Liberation Army (BLA), die sich bewußt für den Aufbau von illegalen Strukturen entschied. Die BLA führte den Widerstand gegen Rassismus und Kapitalismus aus der Illegalität mit bewaffneten Propagandaaktionen, illegalen Radiosendern etc. weiter. 1973 wurden drei GenossInnen der BLA von den Bullen in New Jersey verhaftet , Assata Shakur, Sundiata Akoli und ein dritter Genosse. Was von den Bullen als Propagandasieg gegen

schwarze RevolutionärInnen gefeiert wurde, führte dazu, daß sich der Widerstand in den Ghettos verstärkte. 1979 wurde Assata aus einem Hochsicherheitsknast befreit - sie lebt jetzt in Cuba. Nach ihrer Befreiung und einer gescheiterten Enteignungsaktion von einem Brinks-Geldtransporter 1981, begann das FBI unter Reagan mit einer massiven Rasterfahndung nach BLA-GenossInnen und UnterstützerInnen aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand. Viele Menschen, die legal organisiert waren, wurden als ZeugInnen vor sog. Grand Juries" geladen - die meisten verweigerten die Aussage und kamen für 1 - 2 Jahre in Beugehaft. Andere gingen in die Illegalität, um sich der Bullenrepression zu entziehen. Zwischen 1981 und 1985 wurden mehrere schwarze und weiße RevolutionärInnen verhaftet und wegen "Gefangenenbefreiung und Aufbau von illegalen Organisationen" zu 70 Jahren Knast verurteilt.

Die BLA bezieht sich in ihrem Kampf und beim Aufbau einer bewaffneten Front in den USA auf internationale BEfreiungskämpfe - insbesondere im Südlichen Afrika - und auf die Befreiung der internen Kolonien im US-Imperium: die schwarze Nation, Puerto Rico, die indianische Nation und die mexikanische Bevölkerung in den USA. Darauf bezieht sich auch die Forderung der BLA-Gefangenen als Kriegsgefangene anerkannt zu werden.

Im Moment organisiert sich in den schwarzen communities, an Schulen, Universitätenn, inlokalen Gewerkschaften und in Kirchen wieder verstärkter Widerstand gegen Bullenrepression und eine Unterstützungskampagne für politische Gefangene.Ein Teil dieser Bewegung sind u.a. Rap- Gruppen wie Boogie Down Music Productions (BDM) und Public Enemy , die sich in ihrer Musik auf Malcolm X und andere RevolutionärInnen beziehen und z.B. in New York eine Kampagne gegen Bullenangriffe ("Stop the Violence") organisieren, um den sog. "Krieg gegen Drogen" als das darzustellen, was er tatsächlich ist -eine counterinsurgency Strategie, die sich innerhalb der US vor allem gegen schwarze und Latino-Jugendliche richtet.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !!!

Infos zur Kampagne zu Mumia können bei AGIPA-Press, Eichenbergerstr. 53, 28 Bremen 1, bezogen werden.
Infos und Materialien über politische Gefangene in den USA gibt es bei "Freedom Now! A Campaign for Amnesty & Human Rights for Political Prisoners in the USA", 5249 N. Kenmore, Chicago, Ill. 60640

Black Panther

Die Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA.

Black Power war eines der Symbolwörter in den sechziger Jahren. Die schwarze Bevölkerung in den USA, die sich selbst vielfach African Americans oder New Africans nennt, entwickelte in dieser Zeit ein neues Selbstbewußtsein und stellte sich mit erhobener Faust dem täglichen Rassismus entgegen.

(armes deutschland, Nr. 5/89)

Zuerst war es die Bürgerrechtsbewegung mit Martin Luther King an der Spitze, die sich für Reformen mit dem Ziel der bürgerlichen Gleichberechtigung einsetzte. Etwa in der Mitte der sechziger fand eine zunehmende Radikalisierung statt, welche sich u.a. in zahlreichen Unruhen und Aufständen, sowie organisatorisch in der Black Panther Party (BPP) ausdrückte.

Den Panthers ging es nicht mehr um reformistische Zielsetzungen. Sie richteten sich vielmehr gegen die Wurzeln des Rassismus, welche sie in den Strukturen des kapitalistischen Systems sahen. Um dieses zu stürzen, wurde der politische wie auch der bewaffnete Kampf auf allen Ebenen propagiert. Langfristiges Ziel war die Errichtung eines unabhängigen schwarzen Staates auf einem Teilgebiet der USA. In ihrem Kampf solidarisierten sich die Panther mit den "native People", den nordamerikanischen IndianerInnen und sahen sich selbst als einen Teil des weltweiten antiimperialistischen Kampfes.

Nach Jahrzehnten der Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen in den USA gaben vor allem die Panther den Anstoß, das damit verbundene Minderwertigkeitsgefühl der African Americans zugunsten eines neuen Selbstbewußtseins, basierend auf einem Bekenntnis zum eigenen Volk und dessen Geschichte, zu überwinden. Auch gelang es der BPP in ihrer Hochzeit, die destruktive Verweigerungshaltung der schwarzen Jugend in ein Aufbäumen gegen die eigentlichen Ursachen ihrer Situation zu verwandeln. Ein weiterer Erfolg war die zumindest zeitweilige Etablierung von Selbsthilfegruppen und gegenkultureller Strukturen, wie Volksküchen oder die kostenlose Verteilung von Kleidern. Die Bedeutung der Panther lag allerdings vor allem darin. daß sie die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes im Herzen der Bestie vor dem Hintergrund einer massenhaften Unterstützung aufzeigten.

Die BPP wurde dementsprechend schnell zum Schreckgespenst der herrschenden Weißen. Die Staatsmacht ging entsprechend hart vor. Nach Jahren der Rebellion gelang es dem CIA, die Panthers zu unterwandern und letztlich zu zerschlagen. Viele BPP-Mitglieder wurden verhaftet oder ermordet. Ein weiterer Grund für den Niedergang waren interne Auseinandersetzungen über den politischen Weg der BPP, sowie, nicht zuletzt, die patriarchalen Strukturen innerhalb der Organisation.

DIE SITUATION HEUTE

Rund zwanzig Jahre später hat sich die soziale und politische Situation der Schwarzen in den USA nur geringfügig verbessert. Der Rassismus ist noch immer Alltag. Dem Staat ist es jedoch gelungen, sich auf den politischen Widerstand einzustellen und ihn nachhaltig zu schwächen. Eine den Black Panthers in Bezug auf ihre Zielsetzung und ihren Rückhalt in der Bevölkerung vergleichbare Organisation gibt es heute nicht mehr.

Die Politik der verschiedenen US-Regierungen und deren Hintermänner konzentrierte sich - neben der Unterdrückung jeglichen Widerstands - vor allem auf eine scheinbare Integration der schwarzen Bevölkerung in das System. In Folge der Black Power-Unruhen pumpte der Staat Millionenbeträge in schwarze systemkonforme Wirtschaftsstrukturen. Eine langfristige Wirkung war die Herausbildung einer dünnen schwarzen Mittelschicht, die immer wieder von den US-Administrationen als Beispiel der Integration propagandistisch mißbraucht wurde. Vorzeigeobjekte sind zudem noch die schwarzen Sport- und Showstars, welche die Illusion der TellerwäscherInnenkarriere, also des Aufstiegs des armen Jungen zum umjubelten Superstar aufrechterhalten. Ein letztlich nicht zu verwirklichender Traum, den Millionen Menschen träumen; der gleichzeitig dem System den Schein von Gerechtigkeit und Offenheit gibt.

Scheinbare Integration bedeutet Manipulation des Bewußtseins und der Bedürfnisse. Neben den beschriebenen Zusammenhängen ist es vor allem das in den USA allmächtige Fernsehen, das diesen Prozeß vertieft. Die in den USA rein auf kommerzieller Basis arbeitenden TV-Anstalten tragen die entsprechenden staatstragenden Inhalte in die Köpfe der KonsumentInnen. Sexistische Verhaltensnormen oder gewalttätiges Vorgehen als Mittel zur Durchsetzung persönlicher Ziele werden durch TV Sendungen als etwas normales und alltägliches dargestellt. Glück, so die vermittelte Grundeinstellung, läßt sich nur durch materiellen Wohlstand erreichen. Das Weltbild der TV-KonsumentInnen, gleich welcher Hautfarbe, wird entsprechend geformt.

Es ist eine charakteristische Erscheinung spätindustrieller Gesellschaftssysteme, daß die offene Unterdrückung großer Teile der Bevölkerung zugunsten einer verdeckten psychologischen Manipulation zurückgegangen ist. Jedoch kommt es noch immer dort, wo die konkrete Situation ein nicht mehr erträgliches Ausmaß erreicht hat, zu offenen Rebellionen. Der Aufstand in mehreren - hauptsächlich von Schwarzen bewohnten - Stadtvierteln in Miami Anfang des Jahres macht dies deutlich.

Oberflächlicher Auslöser war die Ermordung eines Schwarzen durch einen Polizisten. Im Anschluß daran entwickelte sich eine Straßenschlacht zwischen Polizisten und schwarzen Jugendlichen. Die Auseinandersetzungen breiteten sich schnell aus. Die Staatsorgane verloren zeitweilig völlig die Kontrolle über die Situation, gingen dann aber umso härter vor. Einzelne Stadtteile wurden abgeriegelt und Ausgangssperren verhängt. Der Aufstand konnte so unterdrückt werden. Zynischerweise hatte die Stadt Miami kurz vor den Unruhen mit Millionenbeträgen eine Kampagne gestartet, die das von Rassenkonflikten, sozialen Konflikten, Gewalt und Drogen geprägte negative Bild der Stadt aufbessern sollte, zugunsten eines sonnigen und problemlosen Images

STREETGANGS, DROGEN UND DIE VERWEIGERUNG DER SCHWARZEN JUGEND

Unruhen, wie die in Miami, bilden jedoch eine Ausnahme. In der Regel entladen sich derzeit die angestauten Energien nicht bewußt gegen die Staatsmacht. Der tägliche Widerstand der Jugend zeigt sich vielmehr in einer destruktiven Verweigerungshaltung. So z.B. in Vandalismus und Kriminalität oder auch in einer Verweigerung gegenüber staatlichen Zwangseinrichtungen wie die Schule.

Drogen spielen hierbei eine besondere Rolle. Sie ermöglichen eine Flucht aus der zerstörerischen Realität in eine Scheinwelt, die zumindest zeitweise den Alltag vergessen läßt. Den Augenblick leben, so genußvoll wie es nur geht, weil es keine Hoffnung im Morgen gibt...

Den Lebensinhalt der meisten schwarzen Jugendlichen in den Großstädten

bilden die Streetgangs. In der Acht-Millionen-Metropole Los Angeles gehören ihnen rund 80.000 Jugendliche an. Sie bilden den einzigen Bezugspunkt in einer haltlosen Umwelt. Innerhalb der Gangs, wie auch im Verhältnis zu anderen, gilt das Recht des Stärkeren. Frauen stehen in der Gruppenhierarchie ganz unten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Gangs haben sich in den letzten Jahren in einem für europäische Verhältnisse kaum vorstellbaren Maße zugespitzt. In den US-amerikanischen Großstädten kam es im Zusammenhang mit den Gangs 1988 zu mehreren Tausend Toten. Verschiedene Städte reagierten hilflos mit abendlichen Ausgangssperren für Jugendliche unter 16 Jahren. Meist geht es bei den Auseinandersetzungen um Drogengeschäfte, die Vorherrschaft in einem bestimmten Revier oder einfach nur um eine Möglichkeit, den unterdrückten Energien freien Lauf zu lassen. Das herrschende Leistungs- und Konkurrenzprinzip ist hierbei auf den reinen Überlebenskampf reduziert. Offene Gewalt in den verschiedensten Formen bestimmt den Alltag.

Die eigentliche Ursache für die innere Frustration bzw. für die Situation, welche die Kämpfe der Gangs bedingt, bleibt jedoch von den Gruppenmitgliedern unerkannt und dementsprechend unangetastet. Im Grunde ist die Subkultur der Streetgangs nichts anderes als ein verkleinertes Abbild der US-amerikanischen Gesellschaft, ist genauso Produkt des patriarchal-kapitalistischen Systems. Dennoch liegt auch ihr eine Verweigerungshaltung zugrunde, welche sich unter bestimmten Bedingungen politisch entfalten kann, wie das Beispiel der Black Panthers zeigte.

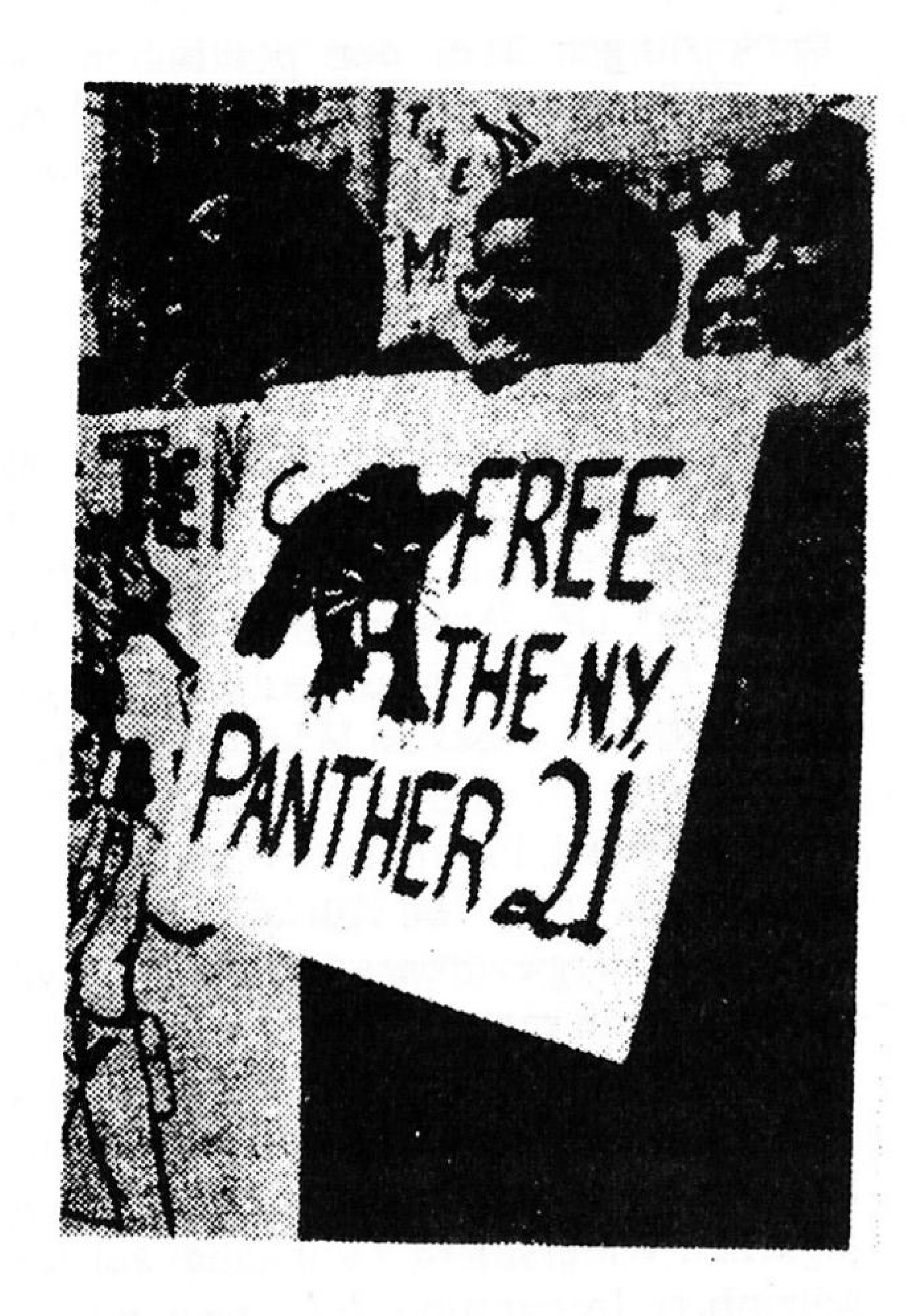
DIE POLITISCHEN KRÄFTE

Einen immer größeren Einfluß innerhalb der "Black Community" erlangt derzeit die politisch-religiöse Bewegung "Nation of Islam", besser bekannt als "Black Muslims". Vor allem auf Louis Farrakhan ist es zurückzuführen, daß die schon 1930 gegründete Organisation ein Tief überwand und zu einem neuen Hoffnungsträger für viele Schwarze wurde. Die N.O.I. propagiert separatistische Ziele. Sie fordert einen schwarzen Staat auf dem Gebiet der USA, basierend auf einem "Islam des schwarzen Volkes".

Viel Sympathie erlangte die N.O.I. durch ihr effektives Vorgehen gegen DrogenhändlerInnen. Den Black Muslims gelang, was der Staatsmacht unmöglich erscheint, sie vertrieben die Dealerszene aus einzelnen Stadtteilen. Gleichzeitig hat der N.O.I. eine aufsaugende Wirkung in Bezug auf die unzähligen Streetgangs.

Farrakhan war einst Wahlhelfer des schwarzen Predigers und zeitweilig für die Präsidentschaftskandidatur vorgesehenen Jesse Jackson, der sich inzwischen scharf von der N.O.I. distanziert. Jackson steht für die reformistischen Kräfte in der "Black Community". Ihr Ziel ist nicht ein Hinterfragen oder gar eine Überwindung des bestehenden Gesellschaftssystems, sie wollen im Gegensatz dazu die schwarze Bevölkerung in dieses System integrieren.

Die stärkste reformistische Kraft ist die NAACP, sie gilt als der organisatorische Arm der Bürgerrechtsbewegung. Ihr Einfluß ist allerdings stark gesunken. Während in den sechziger Jahren noch



Hunderttausende an den zentralen Demonstrationen in Washington teilnahmen, waren es bei der letzten größeren im August '88 nur rund 30.000 Menschen.

Radikale Organisationen, die das System grundsätzlich auf einer nichtreligiösen Grundlage in Frage stellen, haben im Vergleich zu den beiden genannten Organisationen verschwindend geringen Einfluß. Die Gedanken der Black Panthers lassen sich am ehesten bei der New African Peoples Organization (NAPO) wiederfinden, einer weltweit aktiven, revolutionär-marxistisch ausgerichteten Gruppierung. Ansonsten sind es fast nur vereinzelte lokale Selbsthilfeorganisationen, Frauen- und Schwulengruppen u.ä., die zumindest ansatzweise die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich hinterfragen.

HIP HOP, SEXISMUS UND DER ALLTÄGLICHE RASSISMUS

Die meisten dieser politischen Tendenzen spiegeln sich im Hip Hop wieder, der Musik der schwarzen Ghettos. Hip Hop ist geprägt durch einen Sprechgesang (Rap), unterlegt vor allem von monotonen Discorhythmen, welche immer wieder von Text- und Musikanspielungen (Samplings) begleitet oder unterbrochen werden. Charakteristisch für die meisten Hip Hop Bands ist die fast ausschließlich männliche Besetzung. Eine Erscheinung, die auch für die Machtverteilung in den oben genannten größeren Organisationen typisch ist. Die schwarzen Frauen sind zweifach unterdrückt, aufgrund ihres Geschlechts und aufgrund ihrer Hautfarbe.

Hip Hop MusikerInnen übernehmen vielfach die Funktion von AgitatorInnen. Zu den bekanntesten Bands in diesem Zusammenhang gehören wohl Public Enemy. In ihren Texten treten sie offen für die Ziele der Black Muslims ein. In ihrem Auftreten geben sie sich nach außen besonders radikal, vielfach allerdings an der Grenze zur Peinlichkeit. Auch das Machoverhalten vieler Hip Hop Musiker läßt sich an Public Enemy besonders deutlich aufzeigen.

Zu einer Kultfigur geworden ist Afrika Bambaatan. Sein Name steht für eher gemäßigtere Positionen. Er spricht sich für eine Zusammenführung verschiedener Tendenzen aus, bezieht sich dabei auf reformistische wie auch auf radikale schwarze Leitfiguren.

Die Textinhalte der Beat Nigs lassen sich grob zusammengefaßt als sozialrevolutionär bezeichnen. Sie gehören zu den wenigen Bands aus dem Hip Hop Umfeld, die sich nicht völlig dem Diktat der Musikindustrie unterwerfen.

Wie wichtig Aufklärung und Agitation, Protest und Widerstand auf den verschiedensten Ebenen ist, unterstreichen zwei Ereignisse in den letzten Monaten, die beispielhaft für die derzeitige Situation in den USA sind.

Anfang des Jahres lief in den USA der Film "Mississippi burning" an. Thematisch beschäftigt er sich mit der Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung. Auf die Frage, warum trotz des antirassistischen Anspruchs des Films die Hauptrollen mit weißen Schauspielern besetzt wurden, antwortete der Regisseur Alan Parker, daß schwarze Hauptdarsteller den Vertrieb von "Mississippi burning" gefährdet hätten....

Das gleiche gesellschaftliche Klima kam im Feber bei der Parlamentswahl in Louisiana zum Ausdruck. David Duke, ein ehemaliger Führer des ultrarassistischen Klu Klux Klans, wurde als Mitglied der regierenden Republikaner ins Parlament gewählt.

Hinweise: Literatur zur Black Power Bewegung und/oder zur Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA gibt es derzeit keine. Einzige (?) Ausnahme ist "Comrade George und Attica", erschienen in der Reihe "Geschichte ist eine Waffe" im Agipa Press Verlag (c/o Heiser, Borgfelder Str. 23, 2800 Bremen 1, BRD). Weitere Veröffentlichungen zum Thema sind geplant.
Einen vielschichtigen Einblick ermöglicht die Musik bzw. die Texte verschiedener Hip Hop Bands, wie z.B. der Beat Nigs oder von Public Enemy. Im Hardcore-Musikmagazin "Trust" erschien in Nr. 15 ein teilweise hervorragender Artikel zum Thema "schwarzer Nationalismus und Hip Hop". Entscheidendes Defizit ist allerdings, daß mit keinem Wort auf die Situation der Frauen eingegangen wird.



„Deutsche Frage – Europäische Antwort"

Vom 3.11. bis 5.11. will die "Paneuropa-Jugend Deutschland e.V." im Reichstag einen Kongreß mit diesem Titel veranstalten. Die "Paneuropa-Jugend Deutschland e.V." ist die offizielle Jugendorganisation der "Paneuropaunion Deutschland" (PEU), die 1923 von dem Belgier Coudenhove-Kalergi zur Propagierung einer imperialistischen Paneuropa (Ganzeuropa)-Idee gegründet wurde. Diese bestand darin, daß dem europäischen, speziell dem deutschen, Kapital (Banken, Industrie-Konzerne) die Sowjetunion und osteuropäische Staaten zur Ausbeutung erschlossen werden sollten, und zwar über die Schaffung einer europäischen Großraumwirtschaft mit einheitlichem Markt, vereinlichtem Recht, Normierung und Rationalisierung der industriellen Produktion (heute wesentliche Ziele der EG für den europäischen Binnenmarkt 1992).
Diese Maßnahmen sind notwendige Bedingungen zur Sicherung des Profits der Konzerne und damit der Ausbeutung. Doch mit dem Faschismus gab es für Industrie und Banken durch Eroberungskriege die Möglichkeit, sich noch besser zu bereichern als mit Hilfe dieser Pläne der "Paneuropa"-Strategen, und zwar durch totale Verwertung der Menschen als "Material" bis zur physischen Vernichtung und noch danach (z.B. im KZ-Außenlager Auschwitz-Monowitz, das dem Chemiekonzern I.G. Farben gehörte; Nachfolgekonzerne: BASF, Bayer, Hoechst).

Der Vorsitzende der "Paneuropaunion" Coudenhove-Kalergi sagte noch 1933: "Auch heute ist Paneuropa neutral im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus." Bis 1973 blieb er Präsident der PEU. Sein heute amtierender Nachfolger ist Otto von Habsburg, unter anderem Autor in Freys "Nationalzeitung", Mitglied beim ehemaligen "Hilfskomitee Freiheit für Rudolf Heß", 1973 als Ministerpräsident im faschistischen Spanien vorgeschlagen und seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments für die CSU (heute deren Spitzenkandidat). Allgemein ist die "Paneuropaunion" samt Jugendorganisation ein Sammelbecken für ca. 80 Organisationen nationalistischen und imperialistischen Charakters: "Bund der Vertriebenen", "Sudetendeutsche Landsmannschaft", "FEGOMEE" (europäischer Zusammenschluß von Revanchistenverbänden, u.a. auch von ehemaligen Kolonialisten).
und der "Witikobund" (einige Vorstandsmitglieder sind in der NPD).



VERHINDERN!

Der Vorsitzende Habsburg billigt der NPD "wertvolle europäische-Ordnungsvorstellungen (22.6.78)" zu, d.h. ein neues "Großdeutschland" als Herrscher Europas. Außerdem lädt dieser Verein folgende Personen als Redner und Teilnehmer für seine Prpagandaveranstaltungen ein: Mario Tedeschi (MSI-DN = ital. Faschistenpartei), Adolf Metzner (ehem. NSDAP-Kreisleiter, nach 1945 Vorsitzender des Witikokreises Düsseldorf) und Prof. Dr. Dieter Blumenwitz (enge Kontakte zur chilenischen Militärjunta). In dieser besten Gesellschaft redeten auch Helmut Kohl, Lothar Späth, Franz-Josef Strauß etc.
Hier finden nationalsozialistische Eroberungspolitik und "liberale Neuordnung Europas" wieder zusammen.
Die PEU - Jugendorganisation also will im Reichstag vom 3. bis 5.11. einen bundesweiten Kongress,der von der "Bundeszentrale für politische Bildung" finanziell unterstützt wird, veranstalten. Schülerinnen und Schüler aus der gesamten BRD werden mit einer schönen Berlinreise (insgesamt zu 30 DM) für diese Revanchisten geködert und zum Reichstag gekarrt.

DIESE BRAUNE BRÜHE MUSS VERSALZEN WERDEN !

Programm:

Freitag 18.00 Bundesversammlung in einer (?) Gaststätte

Samstag 9.30 Eröffnung im Reichstag !!!!!

10.00 "Deutsche Geschichte in der Mitte Europas", Dr. Martin Posselt, Dt. Hist. Museum

11.30 "Deutsche Wiedervereinigung und europäische Einigung - ein Widerspruch ?", Prof.Dr. Blumenwitz

14.30 Internationales Forum mit Dr, Walburga von Habsburg und Jaruszlaw Bocek

Sonntag 17.00 "Der eiserne Vorhang zerreißt - Konzepte für eine Neuordnung Europas", Bernd Posselt, Bundesvorsitzender der"Paneuropa-Jugend"

Sonntag 9.30 Gottesdienst für die Opfer des SED-Regimes mit Kranzniederlegung an der Mauer

10.30 "Was kommt nach der Teilung? Gesamtdeutschland und Paneuropa", Otto von Habsburg (s.o.) Siegbert Alber (Vizepräsident des Europaparlaments), Hartmut Koschyte (Generalsekretär des "Bunds der Vertriebenen")

VERHINDERN!

R G W 92 - Revolutionäre Gegen Westeuropa 92

Fr 3.11. 9.30 Eröffnung der Paneuropa-Jugend im Reichstag (s.Flugi)
18.00 Nostizstr.49,Cafe:Treffen für alle, die interessiert sin an einer Weiterarbeit zur "Sylter Straße" (Umstrukturierung im Gesundheitswesen, Obdachlosigkeit, Gentechnologie, usw.)

19.00 Cafe Oromo Olayaana, Prinzenallee Antifa-Kiezpalaver Wedding
19.00 LAZ Crelle 22, "Im Herbst derBestie" Video zumIWF

Sa 4.11. **21.00** Frauen- und Lesbendisco. Cafe Anfall, Gneisenau 64
So 14 Uhr Neuköllner Kiezküche im Syndikat
Do 9.11. 21.00 Falckeladen, Film "Indische Frauen im Feuer" Dokumentation über den Mord an Frauen und Mädchen im alltäglichen Leben in Indien. Der Film behandelt das Thema Heiratshandel,Mitgiftmord und beginnender Widerstand.

15./16. 11. Kino im KOB Jeweils 21 und 23 Uhr

Der Samenkrieg. Beobachtungen aus dem Agro-Business.
BRD 1987, 45 min
Mittels der Gentechnologie bringen Pharma-, Chemie-, und Erdölindustrie die Landwirtschaft unter ihre Kontrolle. Die Industrialisierung der Landwirtschaft hat katastrophale Folgen.

Hybridweizen.
BRD 1983, 12 min
Das 2. Kapitel aus Peter Kriegs´Film Septemberweizen beschäftigt sich mit der totalen Abhängigkeit der landwirtschaftlichen ProduzentInnen von den Saatgutmultis.

Gentechnik - Manipulation als Geschäft
BRD 1988, 30 min
Gentechnologie ist die Zukunftstechnologie geworden für die Eroberung neuer Märkte fürs Kapital und der Profitmaximierung multnationaler Konzerne.

Do 16.11. 9.15 Amtsgericht Turmstr Raum 138 Prozeßgegen Jörn (1.Mai-Gefangener)

Jeden Mittwoch, 17 Uhr, Rostlaube, Habelmschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219 in Dahlem (FU), U-Bahnhof Thielplatz)
Autonomes Seminar: "Strafvollzug in der BRD und West-Berlin"
(Analyse der Funktion des Knastes, Ansätze für Knastarbeit und mehr)

Gastspiel-Theater
Berliner Erzählerbühne

Peter Weiß "Nacht mit Gästen" eine Moritat

"Nacht mit Gästen" ist der erste Versuch von Peter Weiss die Theaterform der Schaubude wiederzubeleben.

Sa.04. Nov. 23.00

Das Videokino zeigt

Ein Leben gegen die Bürgerlichkeit-Beauvoir Simone

Videofilm, GB, 86, 60 min.

Simone Beauvoir studierte an der Sorbonne Philosophie. In ihren Analysen untersuchte Simone Beauvoir die Einschränkungen und Unterdrückungen der Frau. Ihre Befunde, von den antifemininen Tabus der Primitiven, über die Abwertung der Frau in Mythen und religiösen überlieferungen, bis hin zur doppelten Ausbeutung der Frau in Ehe- und Arbeitsfunktion der modernen Industriegsellschaft, markieren zugleich die Erfordernisse einer weiter-gehenden Befreiung des weiblichen Teils der Menschheit.

So. 05. Nov. 19.00

radikal
feiern
4.11.

KONZERT · DITSCHKO · · 22h · DRUGSTORE · POTSE 180